Was für einen Kurs haben wir?

Eine politische Zeitbetrachtung

von

Borussen.

„Wahrheit sagen in Liebe muß nicht so erfüllt werden, daß man die halbe Wahrheit der Liebe und die halbe Liebe der Wahrheit opfere.“

Dritte Auflage.

Gotha.
Verlag von Karl Schwalbe.
1891.

Was für einen Kurs haben wir?

Eine politische Zeitbetrachtung

von

Borussen.

„Wahrheit sagen in Liebe muß nicht so erfüllt werden, daß man die halbe Wahrheit der Liebe und die halbe Liebe der Wahrheit opfere.“

Dritte Auflage.

Gotha.
Verlag von Karl Schwalbe.
1891.

Die Verfasser der nachstehenden Betrachtungen sind Preußen und überzeugt, daß das große deutsche Vaterland durch nichts so ernsthaft gefährdet werden könnte als durch das Schwinden des Ansehens und des Vertrauens, welches Staat und Krone Preußen inmitten und an der Spitze des Deutschen Reiches bei Fürsten und Völkern genießen. So bedrohlich auch in unsern Tagen von unten und von außen die Wogen an alle Seiten des Schiffes schlagen: die einzige Gefahr ist auf dem Schiffe selber. Nur dann kommen wir nicht ungeschädigt durch die Brandung, wenn man auf der Brücke die Richtung verliert.

Berlin, im März 1891.

Inhalt.

I.

Ein Jahr seit Bismarcks Entlassung.

Ein überreiches Erbe war es, das Kaiser Wilhelm I., der Unsterbliche, seinem Enkel hinterließ; nicht nur kein brandenburgisch-preußischer Herrscher, sondern überhaupt kein Monarch hat jemals solche Machtfülle von seinem Vorgänger überkommen, wie vor drei Jahren Wilhelm II. Nicht das wertloseste in dieser Hinterlassenschaft war die unbegrenzte Liebe des preußischen und des deutschen Volkes; ein Schatz, mit dem mehr als verschwenderisch umgegangen werden müßte, wenn er erschöpft werden sollte. Für die Unversiechlichkeit dieses Schatzes liegen schon jetzt vollwertige Beweise vor, deren lauterster und schmerzlichster die gehorsame Ergebung war, womit sich der Kern und die Mehrzahl des deutschen Volkes vor Jahresfrist in die verhängnisvolle Entlassung des Fürsten Bismarck gefunden haben.

Der junge Monarch sprach die Empfindungen des deutschen Volkes damals aus, als er erklärte, bei der Entlassung

Bismarcks sei ihm zumute gewesen, als habe er seinen Großvater noch einmal verloren. Weil es in diesem Gefühl sich so völlig eins mit dem Kaiser wußte — darum glaubte das Volk nach den Gründen der Entlassung Bismarcks nicht forschen zu dürfen; solche Forschung würde ja eine Untersuchung darüber gewesen sein, ob der größte Sohn des Vaterlandes eines natürlichen, politischen Todes gestorben, oder das Opfer eines heimtückischen Hinterhalts geworden sei. Man fühlte nur die eine Verpflichtung, möglichst wenig von dem Toten zu sprechen und möglichst klaglos um ihn zu trauern. Das wurde uns etwas leichter gemacht durch die Erklärung des Kaisers und des neuen Kanzlers, daß der Sturz des Fürsten Bismarck die Fortsetzung, nicht aber das Aufgeben der Politik des Fürsten Bismarck bedeuten solle.

Als am 15. April 1890 der neuernannte Reichskanzler und preußische Ministerpräsident General v. Caprivi sich dem preußischen Abgeordnetenhause vorstellte, erklärte er feierlich: „Sie werden das Wort Seiner Majestät gelesen haben, daß der Kurs der alte bleiben soll, und schon der Umstand, daß meine Herren Kollegen unentwegt ihre Ämter fortführen, wird Ihnen beweisen, daß die Staatsregierung nicht die Absicht hat, eine neue Ära zu inaugurieren.“

Der Umstand, den Herr v. Caprivi als Beweis für die Beibehaltung des Bismarckschen Kurses vor Jahresfrist angeführt hat, trifft heute nicht mehr zu, da wir inzwischen mehrere neue Minister bekommen haben und ein alter, der im Amte geblieben ist, von Freund und Gegner nicht mehr

für den alten angesehen wird*). Um die Frage zu beantworten, ob das Regiment Caprivi jenes klare Programm gehalten habe, müssen wir sonach die Thatsachen prüfen, die sich innerhalb des letzten Jahres auf dem politischen Gebiete vollzogen haben und zur Zeit noch abspielen.

Daß es eine vaterländische Pflicht sei, diese Frage zu prüfen, braucht nicht weitläufig erörtert zu werden. Preußen und Deutschland sind konstitutionelle Staatskörper, in denen die Volksvertretungen für alles, was politisch geschieht, soweit sie zur Mitwirkung dabei bestellt sind, die Mitverantwortung tragen. Es ist aber unumgängliche Pflicht der Volksvertreter, bei der Prüfung einzelner gesetzgeberischer Maßnahmen sich von der allgemeineren und höheren Erkenntnis mitbestimmen zu lassen, ob die Gesamtrichtung, innerhalb welcher sich eine Regierung hält, als eine für das Staatswohl ersprießliche oder verhängnisvolle anzusehen sei. Eine von Vaterlandsliebe erfüllte Gruppe von Abgeordneten wird gerne bereit sein, in bestimmten Einzelfragen eine Regierung, deren gesamte politische Richtung

*) Während des Druckes dieser Schrift hat sich das Schicksal auch an Herrn v. Goßler erfüllt. Er ist unmöglich geworden, nachdem das Gesetz, das er dem Herrn Windthorst zu Gefallen eingebracht hatte, unter Billigung Windthorsts abgeändert wurde (das Sperrgeldergesetz), während dasjenige Gesetz, das er Herrn Windthorst zum Verdruß vorgelegt hatte (das Volksschulgesetz), um den Preis des neuen Einkommensteuergesetzes und zweier Kriegsschiffe an Herrn Windthorst verhandelt worden war. Das ist das unabwendbare ruhmlose Ende aller politischen Größen, die nicht erkennen, wann ihre Zeit abgelaufen ist und schwach genug sind propter vitam vivendi perdere causas.

ihre Billigung hat, auch dann zu unterstützen, wenn in der bestimmten Sache ihre Anschauungen auseinandergehen; während alle Abgeordneten von Gewissen und Einsicht das Kompromittieren mit einer Regierung ablehnen werden, deren Gesamtrichtung ihnen verderblich erscheint. Regieren bedeutet im konstitutionellen Staatsleben überhaupt nichts anderes als Kompromittieren.

Daß die Frage, welche uns beschäftigt, heute, ein Jahr nach erfolgter Beförderung des Fürsten Bismarck zum Herzog von Lauenburg, bereits spruchreif sei, wird leider nirgends in der öffentlichen Meinung geleugnet. Die deutschfreisinnige Wochenschrift „Die Nation" erklärt in ihrem Heft vom 7. Februar 1891 blank heraus: „Heute zeigt es sich mit aufdringlicher Deutlichkeit, daß das Scheiden des Fürsten Bismarck den Beginn einer neuen und andern Zeit bezeichnet und zwar national für uns Deutsche, wie international für die Mehrheit der europäischen Großmächte." Die vom österreichischen Ministerium beeinflußte Wiener „Presse" bemerkte aus Anlaß der Petersburger Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand unterm 5. Februar: „Noch ist kein volles Jahr verflossen, daß Fürst Bismarck das Palais in der Wilhelmstraße verlassen hat, und erst jetzt werden die tiefen Erschütterungen wahrnehmbar, welche sein Ausscheiden von der führenden Stellung in der ganzen Organisation der Oberbehörden, so des Deutschen Reiches, wie des Königreichs Preußen hervorgerufen hat." Bei dem gleichen Anlaß bemerkte eines der bedeutsamsten russischen Blätter, die „Nowosti": „Jetzt ist Fürst Bickmarck

nicht mehr am Ruder und sieht, daß seine politischen Traditionen in Vergessenheit geraten." Bei Bekanntwerden der Entlassung des Grafen Waldersee aus der Leitung des großen Generalstabes schrieb ein nicht minder bekanntes russisches Blatt „Nowoje Wremja": „Offenbar findet Wilhelm II., daß für die neue von ihm ersonnene Sache auch neue Leute nötig sind, die den Ideen ganz ferne stehen, welche Fürst Bismarck durchführte, als er am Ruder war ... Als Parteigänger der Regierung werden dann künftig gerade diejenigen politischen Gruppen figurieren, die man bisher gewohnt war, allezeit aufseiten der Opposition zu erblicken. Die Katholiken des Zentrums, die Freisinnigen und Sozialisten werden für Regierungsmaßnahmen stimmen, als ihre Gegner aber werden Konservative verschiedener Schattierungen, Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Kaufleute, sowie ein beträchtlicher Teil der sogenannten ‚satten Bourgoisie' auftreten. Wer hätte wohl glauben mögen, daß kaum acht Monate nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck sich solch eine Wendung vollziehen würde."

Ein Blick in die reichsdeutschen Tagesblätter bestätigt vollauf diese Bemerkungen der ausländischen Zeitungen. Stimmen, die früher alles zu tadeln und zu bekriteln wußten, was infolge kaiserlicher und königlicher Befehle vom Fürsten Bismarck verfochten wurde, finden heute begeisterte Anerkennung für die Ausspinnung dieser Politik in ihre Extreme, nachdem Bismarck selbst vor dem Überschreiten der Grenze seine warnende Stimme erhoben hat; die Zeitungen dagegen, die man früher als die geborenen Verfechter der

Regierungspolitik anzusehen gewohnt war, stehen entweder sorgenvoll und zuwartend beiseite, oder haben sich schon außerhalb der Zeltschnur der Regierung begeben. Hatte es einst eine Berechtigung, den Junkern das Wort unterzuschieben: „Und der König absolut — Wenn er unsern Willen thut", so gehen seit Monaten die politischen Resumés der deutschfreisinnigen, ultramontanen und sozialdemokratischen Blätter in Refrain aus: „Und der König unterstützt — Wenn er unsern Zwecken nützt."

Entweder befindet sich also die gesamte öffentliche Meinung des In- und Auslandes im Irrtum, oder aber das, was Herr v. Caprivi am 15. April 1890 erklärt hatte, „daß die Staatsregierung nicht die Absicht habe, eine neue Ära zu inaugurieren" — hat sich im Verlauf der Dinge nicht aufrecht erhalten lassen. Bei der aufrechten Geradheit des derzeitigen Reichskanzlers und Ministerpräsidenten ist man verpflichtet, anzunehmen, daß entweder eine neue Ära seines Wissens nicht inauguriert worden ist, noch inauguriert werden soll, oder aber, daß er, falls er seine Posten weiterzuführen gedenkt, mit einer Zeichnung des neuen Weges vor den verantwortlichen Volksvertretungen öffentlich hervorkommen werde.

Sonach ist es Pflicht aller am öffentlichen Leben unseres Volkes Teilnehmenden — und das sind alle erwachsenen Männer —, zu untersuchen, ob der Kurs noch der alte ist, oder ob er geändert worden. Im ersteren Falle muß alle Bitterkeit ob des Geschehenen überwunden und die neue Regierung gewissenhaft unterstützt werden; im letzteren Falle

ist das Ergebnis dieser Untersuchung das Endurteil zu dem bedingten Erkenntnis, welches Herr v. Caprivi am 15. April 1890 selber über sich beantragt hatte, als er erklärte, seine Absicht sei es nicht, eine neue Ära zu inaugurieren.

II.

Unsere auswärtigen politischen Beziehungen.

Nichts entzieht sich in einem wohlgeleiteten Staatswesen der öffentlichen Kenntnis oder Kritik in einem so hohen Maße, als die Phasen, welche die auswärtige Politik durchzumachen hat. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Sachen von unserem Auswärtigen Amte zu behandeln sind, deren Erledigung in dem einen oder andern Sinne bei einer fremden Macht Wohlwollen oder Verstimmung hervorruft. Das Deutsche Reich selber ist in ähnlicher Weise fortlaufend passiv bei den übrigen Mächten beteiligt. Von dem Maße der Geschicklichkeit in Erledigung solcher laufenden Dinge hängt ein bemerkenswertes, gewöhnlich allzu sehr unterschätztes Teil des Ansehens und somit des wirkungssicheren Einflusses einer Staatsvertretung bei den benachbarten Mächten ab. Zwischen solchen Mächten, mit denen wir in einem bestimmten festgelegten und festbeschriebenen Vertragsverhältnis für den Kriegsfall stehen,

sind die laufenden Geschäfte einer gewissen höheren Rücksicht untergeordnet und dürfen im allgemeinen auch sicher sein, dieser Rücksicht zu begegnen. Verstimmungen dauern meist nur kurz und lösen sich unter der höheren Einsicht in die Gemeinsamkeit wichtiger Interessen. Gegenüber den Staaten aber, mit denen uns keine Verträge politischen Inhalts verbinden, gewinnt der laufende amtliche Dienst tagtäglich eine besonders aufreibende Bedeutsamkeit, da jene Staaten, weil durch keine höheren Interessen mit uns verbunden, während einer vorübergehenden Verstimmung, deren Ursachen wir nicht wegzuräumen vermochten, vielleicht bei einer dritten Macht ihren Einfluß geltend machen, um in einer für uns einschneidenden Frage die Entscheidung zu unsern Ungunsten zu beeinflussen.

Nachdem einmal die Verträge mit Österreich-Ungarn und Italien geschlossen, und vollends nachdem sie bei den beteiligten Völkerschaften selber in Fleisch und Blut übergegangen waren, so daß sie als eine europäische Notwendigkeit anerkannt werden, hatte die deutsche Staatskunst ihre schwierigste Aufgabe in der Behandlung derjenigen Staaten, mit denen kein Vertragsverhältnis besteht, gegen deren politische Aspirationen vielmehr die mitteleuropäischen Verträge in einem gewissen Grade abwehrend, eindämmend gerichtet sind. Das sind insbesondere Rußland und Frankreich, in zweiter Linie England.

Rußland und Frankreich sind bekannte politische Größen; ihre Politik ist eine aktive, nach einem klaren Ziele gerichtete, und sie ändert sich nicht unter noch so verschiedenen auf-

einander folgenden Ministerien oder Kammermehrheiten. Die englische Politik dagegen ist in ihrem Grundzuge eine passive, gesättigte, wesentlich auf die Abwehr von Schädigungen am eigenen Besitz und die Begünstigung der Schädigung anderer bedachte, darum inkonstant und von Fall zu Fall, je nachdem ein kleiner Vorteil sich bietet, zu dieser oder jener Macht hinneigend.

Demgemäß war die Politik Bismarcks, weil ihr Ziel die Erhaltung des Friedens war, Rußland und Frankreich gegenüber eine in ihrem Grundwesen konstante, England gegenüber von Fall zu Fall auf den Grundsatz der Reprocität gebaute. Frankreich überließ der Fürst in allen seinen inneren und allen seinen kolonialen Angelegenheiten absolut sich selbst; er vermied alles, was auch nur den Schein einer Beeinflussung hätte haben können und proklamierte gegenüber allen inneren Krisen in Frankreich den Grundsatz der völligen Gleichgültigkeit, der absoluten Teilnahmlosigkeit. Die große Frage aber, die von Frankreich her so oft, bald verstohlen, bald ungestüm, an ihn gerichtet wurde, fand stets die kaltblütige Antwort: „Messieurs, tirez les premiers!“ Im übrigen wurde von Frankreich keine Gunst erbeten, jede von dort gewünschte Gefälligkeit dagegen bereitwillig gewährt.

Nicht minder klar war die Politik Bismarcks gegenüber Rußland. Von dem Grundgedanken beherrscht, daß vom egoistischen deutschen Standpunkte aus ein festes Bündnis mit Rußland natürlicher gewesen wäre als das mit Österreich, daß anderseits für Österreich-Ungarn das Interesse

am Bündnis mit Deutschland aufhören würde, sobald es seine Lebensbedingungen nicht mehr von Rußland bedroht sähe, was leicht früher eintreten könnte, als Frankreich aufhören würde, unsere Existenz zu gefährden, mußte Bismarck in erster Linie ein scharfes Auge — das darum keineswegs ein mißtrauisches zu sein brauchte — auf das ohnehin von so starken russophilen Regungen getragene Österreich haben um nicht bei Ablauf der Verträge durch die Thatsache einer russisch-österreichischen Verständigung überrascht zu werden. Um sich gegen eine solche Überraschung völlig zu sichern, ließ Fürst Bismarck den Kaiser von Rußland offen und freimütig allezeit wissen, daß der Preis, den Österreich an Rußland im Orient etwa sollte zahlen wollen, um vom Bündnis mit Deutschland loszukommen, mit derselben Bereitwilligkeit auch von Deutschland zu haben sein würde; so daß Rußland, falls die jetzige europäische Konstellation aufhören sollte, freie Hand hätte, seine Wünsche an der Seite Österreichs, oder an der Seite Deutschlands zu realisieren. Die Entscheidung Rußlands würde sich in diesem Falle, wenn man nicht annehmen sollte, daß sich ernsthafte Politiker bei großen Entschließungen von „sentiments“ leiten ließen, die übrigens an der in Frage stehenden Stelle mehr vorausgesetzt werden, als sie vorhanden sind, nach der Schätzung der militärischen Machtmittel der beiden Konkurrenten gestaltet haben. Wir dürfen uns, Dank den Opfern, die das deutsche Volk unausgesetzt für seine Wehrkraft gebracht hat, zu der Annahme berechtigt halten, daß Rußland in diesem Falle für

Deutschland optiert haben würde. Die gegenteilige Entscheidung würde zur einfallenden Zeit nicht notwendig, aber wahrscheinlich einen neuen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich zur Folge haben. Auch wenn diese beiden Kämpfer ohne Verbündete auf dem Felde erschienen, wäre Deutschland dann insofern in einem ungeheuren Nachteile, als es auf die dauernde Neutralität derjenigen seiner beiden Nachbarn, die es mit ihren Grenzen umklammern, mit Sicherheit nicht würde rechnen dürfen.

Unser Verhältnis zu England ist ein sehr einfaches. Wir haben mit dem großbritannischen Reiche kollidierende Interessen nirgends in der Welt; auch nicht auf unserm kolonialen Gebiete, da es sich hier überall um herrenlose Landstriche und um die Frage nach dem ersten Besitzergreifer handelt. Die Engländer haben sich infolge der unangreifbar korrekten Kolonialpolitik des Fürsten Bismarck darein finden müssen, Deutschland zu einer kolonialen Macht heranwachsen zu sehen.

Nachdem der grundsätzliche Streit wegen der deutschen westafrikanischen Besitzungen ausgetragen war, konnten nur noch thatsächliche Fragen in Erörterung kommen. Die amtliche englische Politik hat nicht minder wie die vom Fürsten Bismarck vertretene deutsche zu jeder Zeit anerkannt und bekundet, daß die afrikanischen Streitigkeiten insgesamt nicht so viel Inhalt hätten, daß von der Lösung derselben das politische Gesamtverhalten beider Länder zu einander abhängig gemacht werden dürfte. Der Grundanschauung der englischen Politiker entstammte und ent-

sprach diese Politik ebenso wie der des Fürsten Bismarck.

Die Freundschaft eines Staates, deren ein anderer, insbesondere ein Großstaat, sicher ist, bedeutet ganz abgesehen von materieller Hilfe in einem gegebenen Falle zu jeder Zeit ein reales diplomatisches Vermögen, einen Besitz, der sich direkt verwerten läßt jedem andern Staat und jeder auftauchenden politischen Kombination gegenüber. Darum ist für das Deutsche Reich jede politische Freundschaft von Wert, namentlich die einer Seemacht vom Range der englischen. Die Freundschaft mit England war aber für Deutschland doppelt wichtig, nachdem durch die Politik des Fürsten Gortschakow das Verhältnis Deutschlands zu Rußland aus seinen traditionellen Bahnen herausgeworfen worden war So lange Rußland ein laufendes gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und England bestehen wußte, war es genötigt, die Möglichkeit der kriegerischen Allianz mit Frankreich unter dem Gesichtspunkte zu erwägen, daß zu gegebener Zeit England eine Aktion einleiten könnte, für die es — ohne Rücksicht auf den Erfolg derselben — beim Friedensschluß Entschädigungen anmelden würde. Rußland dagegen konnte England auf Kosten Deutschlands kaum eine Erwerbung in Aussicht stellen; es hätte aus seiner eigenen indischen Haut den Riemen schneiden müssen, mit dem es das Wohlwollen Englands im Kriegsfalle hätte erkaufen wollen.

Für die in naher Zeit offen werdende Möglichkeit, daß Österreich eine Verständigung mit Rußland suchen könnte,

war die Freundschaft mit England für uns aus dem zwiefachen Gesichtspunkte wünschenswert, daß sie einmal Rußland die Option für Deutschland (statt für Österreich) noch ganz besonders zum Gebote politischer Klugheit gemacht hätte, da es für Rußland unter allen Verhältnissen erwünscht sein muß, England nicht zu seinem Gegner zu haben; anderseits Österreich vor einem auf Agression zielenden Bündnisse gegen eine Koalition gewarnt hätte, innerhalb welcher England im Siegesfalle auf Kosten in erster Reihe von französischen, in zweiter Reihe von österreichischen Besitzungen und Aspirationen bereichert worden wäre.

Ein auf zwei Möglichkeiten berechnetes Freundschaftsverhältnis, wie das deutsch-englische, verlangt natürlich, daß jeder Teilhaber sich dem andern gegenüber für jede Zeit freie Hand behält; es bedingt eine gewisse Kühle, damit der eine stille Paciscent des andern nicht allzu sicher werde. So wertvoll uns in Wahrheit die englische Freundschaft sein mag, so sehr muß England wissen, daß ihm die unsrige ebenso unentbehrlich ist, wie ungesichert, sobald es sich uns verdächtig macht. Umgekehrt wird die Beweglichkeit der deutschen Staatskunst vermindert, sobald die Überzeugung Platz gewinnt, daß Deutschland an England gebunden sei; eine Kombination also keine Aussicht habe, bei der man Deutschland gewinnen könnte, ohne — bei erhofftem Verlauf — England mitverpflichtet zu sein. Mit Rücksicht auf Rußland braucht dieser Gedanke nicht weiter ausgesponnen zu werden.

Daß also Fürst Bismarck, ohne den wir keinen Fuß

Kolonieen besäßen, bei Behandlung unserer Kolonialpolitik die Richtschnur vorschrieb, bei Regelung von Zwistigkeiten sei festzuhalten, daß die Freundschaft Englands uns wichtiger bleibe als ein Zuwachs an kolonialem Besitz, versteht sich ganz von selbst. Nur politisch insipide Menschen hätten daran zweifeln können. Es war wirklich nicht nötig, zur Erhärtung dieser Thatsache Marginalien des früheren Reichskanzlers außer Zusammenhang mit dem Text der betreffenden Akte zu produzieren. Diese Produktion allein muß dem kundigen Diplomaten Zweifel an dem staatsmännischen Talent des zweiten deutschen Reichskanzlers aufnötigen.

Damit sind wir an dem Punkte angelangt, wo die Prüfung der Frage einzusetzen hat, ob unsere auswärtigen Beziehungen heute noch dieselben sind, wie am 20. März 1890, wo sie dem Fürsten Bismarck aus der Hand genommen wurden.

Die erste That des Ministers v. Caprivi war der Abschluß des Kolonialvertrags mit England. Der Reichstag hat den Vertrag hingenommen, und er that damit politisch das einzig Mögliche; gebilligt aber hat ihn außer einigen abhängigen Abgeordneten und den geschworenen Feinden unserer Kolonialpolitik öffentlich noch kein Mensch vom deutschen Standpunkte aus; — daß ihn die Engländer loben, ist ebenso verständlich. Die wohlwollendsten Beurteiler stellen auf die deutsche Gewinnseite als entscheidend die durch den Vertrag vor aller Welt kundgewordene deutsch-englische Freundschaft. Es bedarf aber keines großen Scharfsinns,

um zu erkennen, daß diese Freundschaft, die, was amtlich bewiesene Thatsache ist, in wünschenswertester Weise schon vor dem Vertrage bestand, durch die Art, wie sie infolge des Vertrages und in Glorifizierung der vorjährigen englischen Reise des Kaisers Wilhelm II. propagiert worden ist, den Hauptwert, den sie für Deutschland bis dahin besessen hatte, eingebüßt hat. Dieser Wert war ein Tauschwert; in dem ursprünglichen Sinne des Wortes ein beweglicher Wert. Je nachdem unsere Beziehungen zu Rußland beharrten oder sich änderten, konnte dieser Wert in die neue Gemeinschaft eingebracht oder ihr geopfert werden. Daß letzteres jetzt noch möglich sei, glaubt man in Rußland — und im größten Teile der Welt — nicht. Damit ist für Rußland die Allianz mit Deutschland minderwertig geworden, weil Deutschland als der Garant des englischen Besitzes in Asien angesehen werden muß, Rußland sich sonach außer Möglichkeit gebracht sieht, für seine deutsche Bundesfreundschaft in einem deutsch-französischen Kriege dort das Äquivalent einzuheimsen, wohin seine bestverstandenen Wünsche zielen. Die Tradition der russischen auswärtigen Politik ist seit Menschenaltern ununterbrochen klar, Gemeingut aller Unterthanen des Zaren. Jeder Russe ist bereit, für ihre Verwirklichung sein Leben zu opfern, sogar der russische Bauer begreift sofort, ob eine Wandlung im Verhältnis der europäischen Staaten dieser Politik frommt oder ihr schadet. Weil dem so ist, hätte Kaiser Wilhelm II. ein Gott sein dürfen, ohne darum nach dem Bekanntwerden des Abkommens mit England in

Rußland noch etwas anderes zu erzielen, als höfliche persönliche Gastfreundschaft und kühle politische Ablehnung.

Da der Eintritt in den Dreibund unter den jetzigen Umständen Rußland den Verzicht auf **beide** Ziele seiner auswärtigen Politik — sowohl auf die europäisch-kleinasiatischen Meerengen wie auf die indischen Meere — auferlegen würde, eine einseitige Verständigung mit Deutschland aber ihm die Rücksicht auf England als hemmendes Bleigewicht nicht nur bei indischen, sondern auch bei bulgarischen Unternehmungen (wegen des Vorwiegens der englischen Handelsinteressen in der Levante) mit einbringen würde, so mußte die Petersburger Diplomatie jetzt den Weg nach Wien prüfen, um bei Ablauf des deutsch-österreichischen Vertrages für Gewinnung der freien Hand in Indien sich wegen der Balkanländer mit Österreich friedlich und förmlich zu vertragen. Daß Rußland diesen Weg beschritten hat, und zwar mit dem glücklichsten Erfolge, kann zwar aktenmäßig nicht festgestellt werden, unterliegt aber bei geübten Beobachtern keinem Zweifel.

Bedürfte es nach der russischen Reise des Erzherzogs Franz Ferdinand noch eines Beweises, daß Deutschland die führende Rolle in Europa in wenig Monaten immer mehr verloren hat, so läge derselbe vor in der franzosenfreundlichen Wendung, welche die italienische Volksstimmung seit dem Sturz des Ministers Crispi genommen hat, und in den Begleitumständen sowie in den jede weitere Kritik ausschließenden und entbehrlich machenden Wirkungen, welche die so wohlgemeinte, durch die denkbar größten Liebenswürdig-

keiten von deutscher Seite eingeleitete und vorbereitete Pariser Reise der Gemahlin weiland Seiner Majestät des Kaisers Friedrich gehabt hat, von welch letzterer die führenden Blätter der deutschfreisinnigen Partei voreilig, aber zutreffend bemerkt haben, daß sie unter dem Regime Bismarcks nicht möglich gewesen wäre. Fürst Bismarck läßt sich das Wort sicherlich gerne gefallen.

Dieser geschilderte Kurs, den die auswärtige deutsche Politik zur Zeit treibt, ist wahrlich nicht der alte; denn er zeigt, teils deutlich ausgesprochen, teils als bei Beharrung der deutschen Politik in ihren jetzigen Bahnen mit der größeren Wahrscheinlichkeit bevorstehend folgende Veränderungen:

an Stelle einer festen, stolzen und würdevollen Zurückhaltung gegenüber Frankreich ein übereiltes, geflissentliches Werben um dessen Freundlichkeit, das in einer für uns so unparierbaren Weise zurückgewiesen wurde, daß bei den republikanischen Einrichtungen dieses Nachbarreiches unsere Beziehungen zu Frankreich auf lange Zeit hinaus kompromittiert sind;

an Stelle der früheren Freundschaft mit England, die für uns ein verfügbares politisches Wertobjekt war, eine nach dem fast einmütigen Glauben der europäischen Diplomatie festgelegte deutsch-englische Verbindung, die auf alle Fälle Großbritannien die Unterstützung Deutschlands sichert;

an Stelle eines Verhältnisses zu Rußland, das uns für den Fall des Auseinandergehens der Tripelallianz die

traditionelle Allianz mit dem Zarenreiche thunlichst gesichert hätte, das erneuerte Festhalten Rußlands an Frankreich und die erfolgverheißende Anbahnung einer Separatverständigung Rußlands mit dem Habsburgischen Reiche;

an Stelle der Führung im Dreibunde, wie überhaupt in Európa, ein Ausgleiten aus dieser Stellung, worauf Österreich die Führung an sich nahm und Deutschland in die Position unter doppeltes Schach geriet, in welcher bis dahin Österreich sich uns gegenüber befand;

an Stelle der Bürgschaft, daß die Erneuerung des Dreibundes zur gegebenen Zeit vom Belieben Deutschlands abhange, die Wahrscheinlichkeit, daß der Dreibund sich auflösen und einer russisch-österreichischen Verständigung Platz machen werde;

an Stelle der Sicherung des Friedens für den Fall der Auflösung der Tripelallianz die höchste Wahrscheinlichkeit eines Krieges, bei welchem Deutschland nur auf die englische Freundschaft mit einiger Sicherheit würde zu rechnen haben, während ihm Rußland, Österreich und Frankreich geschlossen gegenüberständen. Auch in diesem Falle würde am letzten Ende — aus Gründen, die hier nicht erörtert werden können — Deutschland wahrscheinlich das Feld behalten. Dann aber wäre Europa verwüstet und entvölkert; die Monarchie wahrscheinlich in den meisten europäischen Staaten vernichtet.

Die Führung des politischen Steuers eines großen Reiches erheischt eine ebenso starke, wie kundige und ruhige Kraft. Noch so große theoretische Weisheit und noch so lauterer, menschenfreundlicher Wille — sie schützen eine unerprobte und nervöse Hand nicht vor Verlieren des Steuers, vor Abfallen des Staatsschiffes in einen falschen Kurs, bevor noch der Steuernde selbst dessen inne geworden.

III.
Der König als sein eigener Minister.

Ob die Entlassung des Fürsten Bismarck aus dem Staatsdienst ein ursprünglicher Gedanke des Kaisers Wilhelm II. war, oder dem Herrscher von außen zugebracht wurde, wird sich schwerlich jemals mit Bestimmtheit feststellen lassen. Fürst Bismarck ist überzeugt, daß er einer Kabale zum Opfer gefallen sei, und wenn man die Reihe der Männer mustert, welche sich heute des besonderen Vertrauens des Kaisers rühmen, so wird man manchen darunter finden, der unter Bismarck an solcher Stelle nicht möglich gewesen wäre, auch keinen persönlichen Grund gehabt hätte, den Sturz des Fürsten Bismarck nicht zu wünschen, oder gar ihn zu verhüten. Fürst Bismarck — das muß ausdrücklich gesagt werden — war bei seiner eigenen Diplomatie, bei seiner allernächsten Umgebung, bis auf ein paar Personen, durchaus nicht beliebt, vielfach sogar verhaßt. Trat schon an sich jede andere politische Individualität hinter Bismarck weit zurück und mußte sich durch ihn um Luft und

Licht zum Vorwärtskommen gebracht sehen, so war die formale Art des Fürsten, mit seinen Mitarbeitern dienstlich zu verkehren, alles andere, nur nicht zart und im gewöhnlichen Sinne des Wortes schonend und rücksichtsvoll. Fürst Bismarck hatte sicherlich in einem höheren Maße als die meisten seiner Zeitgenossen die Gabe, liebenswürdig zu sein; aber gegen seine Beamten machte er in der Regel keinen Gebrauch von dieser seiner Fähigkeit. Fast unerträglich wurde dies Verhältnis nach Eintritt des Grafen Herbert Bismarck in die Stellvertretung seines Vaters an der Spitze des Auswärtigen Amtes. Von dem diplomatischen Genie des Grafen Herbert Bismarck hat man niemals, namentlich seit er die Samoakonferenz geleitet hatte, in den vertrauteren Kreisen eine hohe Meinung gehabt. Man war vielmehr übereingekommen, alle einwurfsfreien Leistungen des Auswärtigen Amtes auf den Vater des Staatssekretärs zurückzuführen, für die bis hart an die Grenzen der Unhöflichkeit getriebene Art des dienstlichen Verkehrs dagegen mehr noch den Sohn als den Vater verantwortlich zu machen. Während die Kanzleien der Auswärtigen Ministerien in Wien und Rom, sowie — nach der anderen Richtung — in Paris und Petersburg förmlich erschraken, als die Kunde vom Sturz Bismarcks eintraf, ließen die deutschen Botschaften an den fremden Höfen vielfach eine starke Genugthuung über die unerwartete Wendung der Dinge nicht verkennen. So kam es, daß die wahren Eindrücke, welche die Entlassung Bismarcks im Auslande hervorgebracht hatte, sich bei unserer Diplomatie nur unter einer gewissen

Verschleierung kund thaten, und daß auch die abgetönte Kundgabe derselben nicht nach Berlin übermittelt, vielmehr in eine Form umgeschaffen wurde, die wie eine Art Befriedigung lautete über die Bethätigung des kräftigen Eigenwillens des jungen Herrschers, der sich aus freiem Entschluß des erprobten politischen Rates begeben hatte, um der Welt zu zeigen, daß Deutschland auch ohne Bismarck bestehen könne, daß der junge Kaiser das Zeug in sich fühle, sein eigener Minister zu sein.

Das deutsche Volk war über die Entlassung Bismarcks in allen seinen Schichten anfänglich bestürzt. Diejenigen, welche unter Bismarck am Boden gehalten worden waren, fanden sich zuerst in die neue Lage; sie fühlten sich wie die Erben nach dem Tode eines harten Erblassers und beeilten sich mehr, als klug war, der neuen Herrschaft zu huldigen. Die Mehrzahl aber empfand, daß zum Wohle des Ganzen sich eine laute Totenklage verbiete und schickte sich stumm ins Geschehene. So kam es, daß der erste Wiederhall, den das Ereignis aus dem Volke wie aus der Fremde ans Ohr des Kaisers und dessen mitbeteiligter Umgebung zurückbrachte, ein falsches Echo war. Daß es für ein wahres gehalten wurde, zeigte sich sofort. An Stelle der Versicherung, daß die Entlassung Bismarcks nur darum nötig gewesen sei, weil dieser wuchtige Koloß den Kaiser zurückgedrängt und an der Entfaltung seiner reichen initiativen Individualität gehindert habe, trat alsbald die von der neuen freiwilligen Regierungspresse, namentlich im Auslande, verfochtene Behauptung, unter

Bismarck sei das ganze Staatsleben in Stockung geraten gewesen, die besten Kräfte der Nation seien in zwecklose, gegenseitig sich lähmende Befehdung gehetzt, ein Teil des Auslandes sei ohne Grund und Not von unserer Seite hinweggeärgert worden; — das alles werde nun anders werden; Kaiser Wilhelm II. bedeute die Versöhnung und die Erlösung im Innern, den neuen Frühling für die europäischen Völker nach außen. Und sofort inaugurierte man die neue Ära, deren Maßnahmen von dem schweigsamen Kern des deutschen Volkes wie von dem zurückhaltend gewordenen Auslande mit gespanntester Aufmerksamkeit erwartet und beobachtet wurden.

Fürst Bismarck war genau definiert nur ein Minister, und solcher hat Preußen in unserm Jahrhundert Dutzende kommen und gehen sehen; kein Mensch hat je daran gedacht, zu behaupten, ein König müsse einen Minister auch nur eine Stunde länger behalten, als ihm beliebe. Mit dem Fürsten Bismarck war das im staatsrechtlichen Punkt nicht anders als mit all seinen Vorgängern. Das war aber und ist nicht die Frage, um die es sich handelt. Das Recht des Kaisers und Königs, den Fürsten Bismarck zu entlassen, steht außer dem Bereich zulässiger Erörterung. Was allein zu untersuchen ist, begreift sich in der Frage, ob durch die Entlassung Bismarcks dem Reich und Preußen, dem Kaiser und König ein Vorteil oder ein Schade bereitet worden; ob man der Meinung sein müsse, daß es *ohne* Bismarck besser *gehe*, oder daß es *mit* Bismarck besser *ginge*.

Fürst Bismarck war doch noch etwas mehr als ein Minister nach so vielen, die vor ihm gewesen waren, und vor so vielen, die nach ihm kommen werden. Er war ein Faktor geworden, der von den auswärtigen Mächten in Rechnung gestellt wurde, wenn es sich für sie darum handelte, Bündnisse mit uns abzuschließen oder ihre Haltung in irgendeiner Frage uns gegenüber zu bestimmen; ein nationales Besitzstück, um dessentwillen wir Deutschen und Preußen manche Unzulänglichkeit und viele schweren Opfer zu ertragen willig wurden, gegen die wir sonst vielleicht eine abweisende Stellung eingenommen haben würden. Wenn nun ein solcher nationaler Besitz, wie Fürst Bismarck ihn darstellte, zur freien Verfügung des Kaisers stand und der Kaiser — wie es sein verfassungsmäßiges Recht war — für sich, sein Volk und seine Verbündeten diesen Besitz weggab, so mußte er erwarten, daß auf das, was an Bismarcks Stelle eingebracht wurde, eine scharfe Beobachtung gerichtet sein werde.

Zunächst fiel diese Beobachtung auf den Kaiser selbst, der ja als sein eigener Minister angesehen sein wollte.

Hatten die Gegner Bismarcks Klage darüber erhoben, daß die Machtvollkommenheit des Königs unter Bismarck herabgedrückt worden sei, so handelten sie konsequent, wenn auch völlig unkonstitutionell, als sie jetzt frohlockten, der König selber sei es, der regiere; die Minister seien lediglich Exekutoren der königlichen Befehle. Diese nicht nur der Verfassung formell zuwiderlaufende, sondern auch, objektiv betrachtet, höchst gefährliche Auffassung fand von

amtlicher Seite keinen Widerspruch, vielmehr durch bestimmte grelle Geschehnisse beurkundete Unterwerfung. Dem König selbst gefiel es ersichtlich, auch solche Handlungen — wie es sein Recht war — persönlich auszuüben, welche aus guten Gründen traditionell den Ministern überlassen gewesen waren.

Die königliche Majestät ist in abstracto etwas Unverlierbares, leider aber auch für die praktische Politik, wie die Geschichte gelehrt hat, Wertloses. Die von einem bestimmten Könige getragene Majestät dagegen ist etwas Konkretes, in der praktischen Handhabung der Politik Verwertbares; leider aber auch, wie jedes andere Gut, dem Verbrauch und der Vernutzung ausgesetzt. Der König, der glaubte, eines Bismarck sich begeben zu können, hat sich natürlich unter dessen Nachfolgern nicht abhalten lassen, vor und über ihnen vertrauliche Ratschlager um seine Person zu haben, die auf königliche Entschließungen einwirken können, bevor letztere in Form bestimmter fertiger Befehle an die Minister gelangen. Die Folge war ein Herabsinken des ministeriellen Ansehens und eine Erleichterung des ministeriellen Verantwortlichkeitsgefühls, des individuellen einzelnen Gewissens auf der einen Seite; auf der andern ein persönliches impulsives Auftreten des hinter den Vorhängen der konstitutionellen Bühne von unverantwortlichen Leuten, wie allgemein geglaubt wird, soufflierten Königs, für dessen Erfolge oder Mißerfolge nicht die Minister, noch die unsichtbaren Männer hinter der Tapete mit ihrem Ansehen vom Volke in Anspruch genommen wurden, sondern die Majestät

des Königs selber. Und das mußte notwendig zu einer Vervolkstümlichung der königlichen Stellung ausschlagen, bei der die letztere unmöglich gewinnen konnte. König Wilhelm II. hat in dreien Jahren seiner Regierungsthätigkeit zahlreiche und ausgedehnte offizielle Reisen gemacht und in vielen schwungvollen Reden seinen hohen Geist und seinen glühenden Pflichteifer bekundet. Je häufiger aber die Enunciationen eines Königs verlautbaren, um so mehr nimmt, der menschlichen Schwäche gemäß, die Ehrfurcht ab, mit welcher dieselben hingenommen und erörtert werden. Wenn insbesondere die unverantwortlichen Männer des allerhöchsten Vertrauens wüßten, wie sehr es dem königlichen Ansehen schadet, wenn noch so ernste Reden des Königs, nur wegen ihrer zu häufigen Wiederholungen, nach der Möglichkeit einer scherzhaften Mißdeutung untersucht und dann in dieser Richtung kommentiert, parallelisiert werden, dann würden sie vielleicht inne werden, daß es unter Umständen mehr Mut und mehr staatsmännisches Gewissen erfordert, noch so vortreffliche Intentionen eines jungen Herrschers zu dämpfen, als sie zu instigieren. Wenn ein Deutscher Kaiser und König von Preußen mit persönlicher Initiative sich in einer Kundgebung an sein Volk wendet, so ist er überzeugt, etwas zu verlautbaren, was berechtigten Widerspruch oder auch nur eine stumme Ablehnung nicht finden dürfe. Erfolgt eine solche Ablehnung gleichwohl — vielleicht nur aus dem Grunde, weil die Äußerungen anders aufgefaßt werden, als sie gemeint waren, auf Kreise gedeutet werden, auf die sie nicht zielten, auf eine Gesamtheit bezogen werden, während

sie nur Auswüchse im Auge hatten — so muß die Rückwirkung auf den Monarchen in die Empfindung zusammenschießen, als werde er mißverstanden, als werde von Feinden des Thrones Mißdeutung zwischen ihn und das Volk gesät.

Es wäre längst die Pflicht der Räte und der Vertrauten des Königs gewesen, solche irrige Vorstellungen aus dem Gedankengange des Königs zu entfernen; — in Wirklichkeit hängt das Volk bis auf geringe Ausnahmen mit warmer Ergebenheit an seinem Herrn. Diese Pflicht hat offenbar niemand auf sich zu nehmen den Mut gehabt, sonst könnte der König die jüngste viel besprochene Rede an die brandenburgischen Stände unmöglich gehalten haben; eine Rede, die in ihren Klagen über schleichenden Geist des Ungehorsams, der die Gemüter des Volkes und der ergebenen Männer zu verwirren suche, alle diejenigen unter den Lebenden, die das gesamte letzte halbe Jahrhundert als erwachsene Männer durchlebt haben, nicht von tiefer Sorge unberührt gelassen hat. Wenn nun aber der König über die wahre Stimmung des Landes unterrichtet gewesen wäre, so müßte er gewußt haben, daß man allenthalben ihm freudig folgt; daß man nur wünscht, ihn einzig von verantwortlichen Räten umgeben zu sehen, welche Klarheit über die konkreten Ziele der Politik verbreiten.

Der König darf Gehorsam heischen kraft seines angestammten königlichen Berufs; aber auch dem begabtesten und erfahrensten König gegenüber darf kein verantwortlicher Minister den Standpunkt einnehmen, daß der König keines

Rates bedürfe. Nichts wäre in allen konstitutionellen Staaten verhängnisvoller für die Krone, als wenn sich die Überzeugung im Volke einnistete, man könne Minister nur um den Preis werden oder bleiben, daß man sich vorher das Mark aus den Knochen ausblasen lasse.

IV.

Die neuen Leute und die alten Parteien.

Nachdem die Zeit der Beklemmungen vorüber war und sich das Volk ergebungsvoll in die Entlassung Bismarcks gefügt hatte, gingen die neuen Leute langsam dazu über, dem — wie allgemein angenommen wurde — aus rein persönlichen Empfindungen entsprungenen Ministerwechsel hinterher sachliche politische Notwendigkeiten als Ursache zu substituieren. Dieser Notwendigkeiten soll es drei gegeben haben: erstens soll unter Bismarck eine künstliche geflissentliche Verhetzung der Parteien stattgefunden haben, an deren Stelle jetzt Versöhnung und Ausgleichung treten solle; zweitens sollen unter Bismarck berechtigte Bestrebungen gewaltsam unterdrückt worden sein, die man jetzt zu Wort und Recht kommen lassen wolle; drittens soll während Bismarcks letzten Amtsjahren eine Stagnation in der gesamten Reformgesetzgebung eingetreten gewesen sein, die einem frischen, freudigen Schaffen weichen müsse, falls nicht die Staatsmaschine einfrieren solle.

Die Versöhnung der Parteien wurde sofort schwungvoll betrieben. Um den Anschein der Schwäche zu vermeiden, gab man das Wort aus, die Regierung stehe über allen Parteien. Das Wort war nicht neu; aber die Art, wie es bethätigt wurde, war überraschend. Man behauptete über den Parteien zu stehen, während man vor den grundsätzlich feindlichen sich demütigte und von den grundsätzlich ergebenen Opfer verlangte. Man wähnte eine neue Weisheit entdeckt zu haben, indem man ausrechnete, daß 60 Konservative, 100 Klerikale, 30 Demokraten, 30 Polen und Welfen eine ebenso wirksame parlamentarische Mehrheit ausmachten als 140 Konservative und Freikonservative samt 80 Nationalliberalen und Wilden. Je nachdem man ein Gesetz machen wolle, glaubte man nichts weiter nötig zu haben, als entweder sich vor den Klerikalen, oder vor den Nationalliberalen zu verbeugen und dabei zu versichern, man versöhne die Parteien und stehe selber über ihnen. Die Rechnung wäre ja mathematisch richtig, wenn es in der Politik mit der Arithmetik gethan wäre. Allein, selbst bei der Behandlung der Parteien genügt es nicht, richtig zu addieren und zu subtrahieren; es sind nämlich — bei Abschätzung der Parteien, wie Lothar Bucher vor mehr als vierzig Jahren schon ausgesprochen hat — „Dinge da, die sich nicht unter Debet und Kredit bringen lassen: Vaterlandsliebe und Nationalitätsgefühl sind da, und wer die aus der Rechnung ausläßt, der verrechnet sich“. Mag ein Minister, der des Vertrauens seines Königs gewiß ist, ohne Schaden an seiner Stellung zu nehmen, heute dem

Demokraten und morgen dem Junker Brüderschaft anbieten: die parlamentarische Größe und die politische Partei kann es, wenn sie Halt in der Wählerschaft bewahren will, unmöglich hinnehmen, je nach dem Ablauf der parlamentarischen Verhandlungsrolle heute sich bei ihrem Schmeichelnamen, morgen bei ihrem Spottnamen anrufen zu lassen.

Fürst Bismarck hat große Reformarbeiten gegen die Mehrheit der nationalliberalen Partei durchsetzen müssen, daher sich auf die Mitwirkung der Zentrumspartei angewiesen gesehen, die er sich zu verschaffen suchen und die er auch, das versteht sich im parteipolitischen Leben, bezahlen mußte. Aber so wenig Bismarck innerhalb der Grenze, die er sich gesteckt hatte, bei solchen politischen Geschäften Knicker war, so unerbittlich blieb er innerhalb der Grenzen. Vielleicht war das Zentrum im Jahre 1878—79 innerlich morscher, als Fürst Bismarck glaubte, und wäre infloge dessen etwas wohlfeiler für die Zollpolitik zu haben gewesen. Immerhin steht fest, daß Bismarck nicht im Dienste des Zentrums war, sondern das Zentrum im Solde Bismarcks. Zudem wußte Bismarck — das sei nebenbei bemerkt — den Rücktritt Falks, den er gar nicht hintanhalten konnte, weil Falk wegen eines bestimmten Punktes in der Schulfrage beim Kaiser in Zweideutigkeit und darum unwiderruflich in Ungnade gefallen war, noch als einen Teil des Preises zu verwerten, obschon Falk ohnehin verloren war. Aus der ganzen kirchenpolitischen Gesetzesrevision rettete aber Bismarck das Ansehen und die grundsätzliche Hoheit des Staates insofern, als nur Accidenzien, nicht aber die Substanz und das Prinzip

der Kirchengesetze preisgegeben wurden unter dem gleichzeitigen Gegenopfer zweier Erzbischöfe durch die Kurie, und insofern, als Bismarck in allen Stadien der Verhandlungen aufrecht hielt, daß im Punkte von Vaterlandsliebe und Nationalitätsgefühl seine bessere Meinung nach wie vor bei den Nationalliberalen sei, zu denen er sich die Rückkehr für jeden beliebigen Zeitpunkt freihalten wolle. Bismarck hatte die psychologische Beschaffenheit des Zentrums zu seinem Nutzen verwertet. Wie er, um seinen zeitweiligen Pakt mit Herrn Windthorst als eine ihm im Staatsinteresse durch die Umstände gebotene Notwendigkeit erkennen zu lassen, von der Unüberwindlichkeit dieser Fraktion öffentlich sprach, so hatte er doch bei den Festsetzungen mit dem welfischen Führer des Zentrums den Umstand zu seinem Vorteil benutzt, daß Herr Windthorst genötigt war, sich bei den konservativen, zumal den positiv preußisch-konservativen Elementen des Zentrums, für kommende Möglichkeiten einen möglichst hohen Saldo zu schaffen.

So war die Haltung Bismarcks den Parteien gegenüber zwar zu keiner Zeit eine gebundene, aber doch grundsätzlich eine den positiven Parteien, als welche die beiden konservativen und die nationalliberale Partei anzusehen waren, freundschaftliche; während er das Zentrum als unberechenbar, die fortschrittliche deutschfreisinnige als unbrauchbar behandelte. Die neuen Männer dagegen werteten alle Parteien gleich und gingen vor allem auf eine „Versöhnung" der ultramontanen und der deutschfreisinnigen Partei mit der Regierung los. Zu dem Zwecke wurde die sogenannte

offiziöse Presse im Inlande abgeschafft. An ihre Stelle trat der „Reichsanzeiger“, während im Auslande einige Blätter mit offiziösen deutschen Einsendungen prunkten, deren Vergangenheit bewies, daß die neue Regierung nicht empfindsam wählerisch sei. Heute liegt das Ergebnis der Versöhnungsversuche vor. Die konservative Partei ist vergrämt und gespalten, die nationalliberale bloßgestellt und erschüttert, die deutschfreisinnige nach kurzen Flitterwochen bereits wieder abgefallen; das Zentrum dagegen beherrscht das Parlament und die Regierung in einer Weise, daß das ganze Land, soweit es nicht ultramontan ist, keine andere politische Empfindung mehr kennt, als die der Überraschung und des Unwillens. Der mit unzulänglicher Kenntnis und Kraft unternommene Versuch über den Parteien stehen zu wollen, hat dazu geführt, daß die Regierung schlechterdings über gar keine Partei mehr verfügt und zur politischen Dienerin des Zentrums herabgesunken ist. Das ist gewiß ein völlig neuer Kurs, wenn Herr Windthorst am Steuer steht.

Daß an sich berechtigte Bestrebungen unter dem Regiment des Fürsten Bismarck nicht hätten zur Geltung gelangen können — war das unglückliche Wort, womit sich der neue Ministerpräsident v. Caprivi dem preußischen Abgeordnetenhause vorstellte. Es ist ihm damals die Gegenfrage gestellt worden, welche derartige, bis dahin unterdrückte Bestrebungen sich denn zu Worte gemeldet hätten. Es wäre gut, das zu erfahren, damit man beurteilen könne, ob diese Bestrebungen so förderngwert seien, daß man ihnen

zuliebe einen bewährten Minister zu opfern wirkliche Nötigung gehabt habe. Die Antwort auf diese Frage ist an der zuständigen Stelle ausgeblieben, und so wird man sie dem Verhalten der neuen Männer entnehmen müssen. Aus diesem aber läßt sich ungezwungen keine andere Art von Maßnahmen als auf Favorisierung bis dahin unterdrückter Bestrebungen deuten, als die Begünstigung der Arbeiteransprüche und der Bewegung gegen die angebliche Überbürdung unserer Jugend mit überflüssigem Lernstoff.

Gerade in dem Angriff dieser beiden Fragen hat man den Ausgang zu suchen für all' die Mißverständnisse und Mißdeutungen, Irrungen und Beklemmungen, unter denen wir zur Zeit leiden.

Wenn man sieht, wie in unseren Tagen die Arbeiterfrage meistens, und namentlich von den Staatsgewalten behandelt wird, so sollte man glauben, wir ständen vor einer neuen, noch nie dagewesenen Erscheinung, während wir es in Wirklichkeit mit der abgeblaßten Wiederholung einer kulturellen Erscheinung zu thun haben, die in allen Jahrhunderten der Geschichte und in unserem Jahrhundert schon wiederholt in den Grundzügen identisch, in den äußeren Erscheinungen viel accentuierter aufgetreten ist.

Diejenigen unter uns, welche in den vierziger Jahren schon erwachsen waren, werden sich erinnern, daß damals, bis kurz vor Ausbruch der großen Verfassungsstreitigkeiten, unser ganzes öffentliches Leben in Preußen von der Arbeiterfrage beherrscht wurde. Und damals standen klügere, energischere und aufopferndere Männer an der Spitze der Ar-

beiter als heute, trotz ein paar Dutzend sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Eines der wirksamsten Argumente, womit der so groß veranlagte Heinrich Simon im Jahre 1847 seine Forderung nach einer Repräsentativverfassung begründete, war der Hinweis auf die drohende Haltung der Arbeitermassen, die in gesetzmäßigen Bahnen nur gehalten werden könnten, wenn das ganze Volk seine schöpfende Macht frei in ihren und der Krone wohlverstandenen Dienst gestellt haben würde. „Das Proletariat — sprach er — eine seinem jetzigen Umfange nach in der Geschichte unbekannte Erscheinung, wächst in riesenhaften Verhältnissen. Alle Edlen im Volke erkennen die Verpflichtung an zur Hilfe, aber gleichzeitig auch blutenden Herzens, daß hier die Kraft des Einzelnen vollständig erlahmt, daß diesen Massen von Brüdern, die vor unseren Augen in entwürdigender, sklavengleicher Art hinschmachten, nur die mächtige Staatskraft in organisierender Weise Hilfe bringen könne: glaubt die Krone, dieser angehenden Aufgabe der Zeit sich gewachsen, umgeben von ihrer Bureaukratie?! Solche Arbeit übernimmt mit Glück nur die jugendlich erwachte volle Volkskraft; — mögen ihr bei solchem vollen Erwachen auch die Formen nicht vorenthalten werden, in die sie sich ergießen kann, ohne Besorgnis für das Bestehen des Staates.“ Nun, es hat etwas lange gedauert, bis die volle Volkskraft in Deutschland jugendlich erwacht ist; volle 23 Jahre hat es bis dahin gebraucht, und doch ist die Gesellschaft nicht genötigt gewesen, vor dem Proletariat zu kapitulieren. Als aber unser Volkstum neugeboren wurde, da war es der

Junker, der 1847 der schärfste Gegner Simons und der konstitutionellen Doktrin gewesen war, da war es Otto v. Bismarck, der im Wahlrecht der jugendlich erwachten Volkskraft die Formen schuf, in die sie sich voll ergießen konnte, ohne das Bestehen des Staates zu gefährden. Bismarck hat dem Proletariat den Weg in den gesetzgebenden Körper des Reichs geschaffen — und er hat weit mehr gethan. Gegen den Widerspruch der Leute, die sich mit dem Ruhm eines Heinrich Simon ohne jede Berechtigung behangen, hat er den Kaiser Wilhelm I. überzeugt, daß auch positiv der Staat dem Proletariat zuhilfe kommen müsse. Bismarcks Werk ist unsere großartige sozialpolitische Gesetzgebung. Sie war glücklich vollendet, als Wilhelm I. seine gütigen Augen schloß. Wenn es noch eine Arbeit für die Nachfolger zu thun gab, so konnte diese nur darin bestehen, nun auch die Unternehmungsthätigkeit, die produktive Initiative zu schützen vor der gewaltthätigen Brutalität des der Sozialdemokratie verfallenden Arbeiterheeres. War früher der Arbeiter machtlos gegenüber dem kapitalistischen Unternehmer, so hatte sich 1889 und 1890 bei den großen Bergwerksausständen gezeigt, daß heute die sozialdemokratisch organisierte Arbeitermasse die Herrschaft über die gesamte Produktion, also die Verfügung über unser nationales Vermögen anstrebt. Wenn nach Vollendung der Arbeitergesetzgebung sozialpolitisch noch eine dringende Aufgabe zu erledigen war, so hatte der Bergarbeiterstreik keinen Zweifel gelassen, worin dieselbe bestehe. Sie verlangte und verlangt: Staatlichen Schutz gegen die Gefährdung

großgewerblicher Anlagen durch Gewalt, Bedrohung und vertragswidrige Arbeitseinstellung.

Diese Aufgabe ist dem Deutschen Reich gestellt als Pendant zu der sozialpolitischen Gesetzgebung, die zu Lasten der Arbeitgeber eingeführt worden ist, und Deutschland ist aus und in sich auch diese Aufgabe durchzuführen befähigt. Wollte man aber einmal den Apparat einer europäischen Konferenz in Berlin aufbieten, so durfte auf dem Programm derselben dieser Gegenstand unter keinen Umständen fehlen. Es würde auch schwerlich gefehlt haben, wenn Bismarck damals nicht schon ein überwundener Mann gewesen wäre. Statt dessen wurde eine Arbeiterschutzkonferenz in Berlin abgehalten, die auf Grund von Vorakten stattfand, welche den Glauben erwecken konnten, als herrsche in den deutschen Bergwerksbetrieben ein grausames, menschenunwürdiges Arbeiterausbeutungssystem, während in Wahrheit die Grubenarbeiter, was Leistung und Löhnung anlangt, die Aristokraten, recht eigentlich die Schaumabschöpfer unter der arbeitenden Bevölkerung sind, wogegen wirkliche soziale und wirtschaftliche Not nur noch im Bereich des Kleingewerbes und der Hausarbeit herrscht. Das Ergebnis der so geräuschvoll unternommenen Arbeiterkonferenz und der anschließenden inneren Maßnahmen und Kundgebungen war naturgemäß die bis zur Frivolität gesteigerte Überhebung der bergwerklichen Arbeitermassen und die Resignation der großen Besitzer auf die Einsicht, Geneigtheit und Kraft der Staatsleitung ihnen zu Gehör und Recht zu verhelfen. Ungeschickte Be-

handlung einzelner Persönlichkeiten machte das Maß voll. Bis zur stummen Gleichgültigkeit und dem Verzicht auf jede Hoffnung ist die Stimmung derjenigen großgewerblichen Kreise herabgedrückt worden, deren opferfreudige Königstreue und Vaterlandsliebe seit Generationen im Feuer geprüft ist. Welche Abstumpfung auf der anderen Seite der Begriff von der Heiligkeit der Majestät des Königs in den Kreisen der Arbeiter erfahren hat, erhellt aus der Thatsache, daß der Führer der aufrührerischen Saarbrücker Bergarbeiter, der „Vater Warken“ mit dem Gefängnisduft in den Kleidern sich von einer Arbeiterversammlung den Auftrag erteilen ließ, ein Huldigungstelegramm an den Kaiser abzusenden und mit seinem Namen zu unterfertigen.

Wir wollen uns bei Einzelheiten nicht aufhalten. Der gemachte Versuch — dem die Entschuldigung nicht zur Seite steht, daß er der erste seiner Art gewesen sei, — die Sozialdemokratie gouvernemental zu machen, hat in Jahresfrist damit geendet, das Gouvernement sozialdemokratisch erscheinen zu lassen.

Darüber aber möge man sich keiner Täuschung hingeben: die Sozialdemokratie ist ein Begriff von einem ganz bestimmten positiven Inhalt, den sie selber nur dann leugnet, wenn es gilt, die Gesetzgebung und die entgegenstehenden Parteien irre zu führen. Dieser Inhalt ist neben der Verstaatlichung aller Güter: Atheismus und Republik, die zu erstreben und vorzubereiten sind mit allen Mitteln, und sobald Aussicht auf Gelingen sich bietet, mit Gewalt einzuführen, gebotenenfalls mit Königsmord. Wenn Fürst

Bismarck — in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten — Gewicht gelegt hat auf die Erhaltung und womöglich die dauernde Einführung eines Sozialistengesetzes, so war er dabei durchaus nicht von der Meinung geleitet, dies Gesetz könne die Weiterverbreitung der Sozialdemokratie verhindern; er war lediglich von der Notwendigkeit durchdrungen, die Sozialdemokratie als im Gegensatz und zur Gewalt entschlossenen Widerspruch zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung befindlich zu kennzeichnen; durch Reichsgesetz zu erklären, daß jeder Arbeiter, der Sozialdemokrat werden wolle, über eine Brücke zu schreiten habe, die ihn an ein Land bringe, das von den Wohnungen der übrigen Gesellschaft verschieden und geschieden sei, und daß die bürgerliche Gesellschaft sich bewußt sei, mit ihm sich im Kriegszustande zu befinden.

Mit diesem Gesetze, welches den Arbeitern Klarheit darüber brachte, daß der Staat wisse, woran er mit der Sozialdemokratie sei, in Zusammenhalt mit den zum Schutze der Arbeiter geschaffenen sozialen Schutzgesetzen war das Gewissen des Staates gegenüber ernsten Arbeitergefahren sicher gestellt. Unglückseligerweise ist das Wort, mit dem man lange Zeit in Berlin hausiert hat, ohne Abnehmer zu finden, zuletzt doch noch in die Zeitungen gekommen; das Wort: der Kaiser wolle sich durch seine Haltung in der Arbeiterfrage für ernste Zeiten ein sicheres Gewissen schaffen.

Das Gewissen des Königs ist immer sicher und sollte verständigerweise außer Diskussion bleiben; das Gewissen

des Staates aber hatte Kaiser Wilhelm I. und Bismarck durch die That der Gesetzgebung gesichert, lange bevor der fehlgegriffene Ausdruck dafür hervorgeholt wurde.

Die zweite Reihe der unter Bismarck angeblich zurückgedrängten gerechtfertigten Bestrebungen kann nirgends gefunden werden, als auf dem Schulgebiet, und hier gerade in solchen Fragen, an deren Lösung die ergrautesten Männer unseres Volkes seit Jahren arbeiteten, ohne auch nur über das anzustrebende Ziel mit Sicherheit schlüssig werden zu können. Daß nun aber die Art, wie die Schulkonferenz verlief, eine sehr unerwünschte Seitenwirkung gehabt hat, die für lange Jahre schädigend auf unser gesamtes praktisches Unterrichtswesen drücken wird, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Vom einseitigen Standpunkte des Turners läßt sich denn doch die Frage der humanistischen Bildung nicht mit Erfolg lösen. Die Übertreibung der angeblichen Überbürdung unserer lernenden Jugend fängt an, der laienhaften Behandlung der Arbeiterfrage durch solche Kreise, die nie mit Arbeitermassen praktisch zu thun hatten, verzweifelt ähnlich zu sehen. Auch sie giebt sich bereits als ein spezifisches Symptom der bedenklichen philanthropischen Hysterie zu erkennen, an der unser Zeitalter krankt.

„Die letzten Jahre des Bismarckschen Regiments trugen den Charakter der Erstarrung an sich —“; so flüsterte es in den Ministerkanzleien, und so stand es bald in den offiziös inspirierten österreichischen und ungarischen Blättern und schließlich wagte auch eine deutschfreisinnige Wochenschrift es nachzusprechen, nachdem knapp ein halbes Jahr

vergangen war, seit man sich darüber beklagt hatte, daß Bismarck die Parlamente mit ewig sich überstürzenden Vorlagen tothetze. Um die Behauptung von der unter Bismarck eingetretenen Stagnation wenigstens ex post zu belegen, trat unter dem neuen Regiment eine fieberhafte Geschäftigkeit ein, deren oberster Grundsatz war, nur möglichst viel geschehen zu lassen. Daß auch ein gut Stück Planlosigkeit in den Einzelfragen unter dieser redseligen Hastigkeit verborgen werden sollte und mußte, war kritischen Beobachtern kein Geheimnis —; aber es war doch das Gegenteil von Stagnation!

Im preußischen Abgeordnetenhause, das man zwei Monate früher als üblich einberief, erschienen mit bändestarken Anlagen sofort drei große organische Gesetzentwürfe, und nach Berlin wurde zu gleicher Zeit eine Vorkonferenz entboten, welche über eine neue Zoll- und Handelspolitik, wenn thunlich über ein deutsch-österreichisch-ungarisches Zollkartell, beraten sollte.

Diese Gegenstände bilden die wichtigen zur Zeit noch schwebenden Fragen. Bei ihrer Besprechung werden wir noch einmal nachweisen, wie leer das Gerede ist von der Stagnation unter Bismarck.

V.

Die schwebenden Fragen.

Steuerreform, Volksschulgesetz, Landgemeindeordnung in Preußen, neue Handelsverträge im Reich: das waren die Aufgaben, an deren Lösung die neuen Männer im Sturmschritt gingen. Es muß der Wahrheit gemäß festgestellt werden, daß die drei erstgenannten Gegenstände in ihrer Vorbereitung Bismarcksches Erbe waren, der letztgenannte nach Bismarcks Auffassung im Grundsatz und in der Materie sogar erledigt war.

Unter Bismarck war unausgesetzt an der notwendigen Reform der direkten Steuern gearbeitet worden, und die Einbringung des Gesetzentwurfs war mit Sicherheit zu erwarten. Welches der Grundgedanke dieses Gesetzes gewesen sein würde, darüber konnte kein Zweifel obwalten, nachdem Bismarck am 28. März 1881 im Deutschen Reichstag erklärt hatte: „Ich habe mir vorbehalten, die Einkommensteuer als ein Anstandsbedürfnis für die wohlhabenden Klassen in irgendeiner Form beizubehalten und

nur dabei einen Unterschied zu machen in Zukunft zwischen demjenigen Einkommen, welches durch Arbeit, Unternehmungsgeist täglich erworben werden muß, und zwischen demjenigen Einkommen, welches die Natur einer Rente hat und entweder aus nicht selbstbewirtschafteten Grundstücken als regelmäßige Pacht fließt, oder lediglich die Mühe des Couponabschneidens bedingt."

Es war nun eine seltsame Laune des Schicksals, daß der bedeutendste Kopf im neuen preußischen Staatsministerium, daß Dr. Miquel als Finanzminister einen Gesetzentwurf einzubringen hatte, den er sozusagen vor seiner Einbringung nur flüchtig gelesen hatte. Der Entwurf enthält von dem, was Bismarck als wesentlich ansah (die Scheidung des Einkommens in Arbeitseinkommen und Renteneinkommen), gar nichts und ist gleichfalls himmelweit verschieden von dem Bismarckschen Plane, die Einkommensteuer als ein Anstandsbedürfnis für die wohlhabenden Klassen zu gestalten. Der neue Gesetzentwurf ist ein brutales Produkt starrer Fiskalität; er wird die niederen Arbeitseinkommen erdrückend belasten, in der Einschätzung durchaus schikanös empfunden werden und eine Unzufriedenheit bei den kleinen Leuten hervorrufen, die ein wahrer Nährboden für die Sozialdemokratie sein wird.

Herr Miquel aber kennt die parlamentarische Handelswissenschaft vortrefflich. Seinen Kollegen hierin weit überlegen hat er das Schulgesetz und damit über kurz oder lang Herrn v. Goßler geopfert, um sein Steuergesetz heimzubringen. Letzteres aber wird der erste Nagel zum Sarge

seiner Popularität sein. Im Bismarckschen Kurs bewegt sich das neue Steuergesetz, wie wir gezeigt haben, keineswegs.

Das beste, reifste und politisch erstrebenswerteste der neuen Gesetze ist unstreitig das neue Volksschulgesetz. Daß es in seinen politischen Bestimmungen durchaus Bismarckschen Geistes ist, haben wir mit Freuden wahrgenommen; daß auch die finanziellen Grundgedanken die vom Fürsten Bismarck eingegebenen sind, nur daß mit weitgetriebener Rücksicht auf die Staatsfinanzen einiges nachgelassen wurde, dafür sei das Wort angeführt, das dem Gesetze als Motto hätte vorgesetzt werden können, — das Wort Bismarcks aus dem Jahre 1881 (im Reichstage): „Ich will in Preußen die Schule in der Weise reformieren, daß den Gemeinden die Lasten des Elementarunterrichts ganz oder zum größten Teil abgenommen werden."

So gewiß es mithin ist, daß das Schulgesetz in seinen Grundgedanken ein Überkommnis aus der Zeit der Bismarckschen „Stagnation" ist, ebenso ungewiß ist es leider, ob die neuen Männer imstande und geschickt sein werden, es durchzusetzen. Die Schwierigkeit ist um so größer, als, abgesehen von verschiedenen Militärforderungen, für deren Bewilligung im Reichstag die Mitwirkung des Zentrums unerläßlich ist, in Preußen die Landgemeindeordnung vorliegt, die in wesentlichen Bestimmungen die Konservativen tief verletzt, so daß diese schwerlich geneigt sein werden, den schönen Augen der Regierung zuliebe das Volksschulgesetz auf Grundlage einer Verständigung mit den Liberalen

zu votieren, um sich hinterher bei der Landgemeindeordnung von diesen und dem Zentrum majorisieren zu lassen.

Eine weise operierende Regierung würde von den drei Gesetzen nur zwei in derselben Session eingebracht haben, etwa das Steuergesetz und das Volksschulgesetz. Beide wären bei halbwegs vorsichtiger Taktik mit denselben Mehrheiten durchzubringen gewesen. Als aber der Drang, einen möglichst starken Kontrast zu der vorhergegangenen „Stagnation" zu schaffen, zur Einbringung auch der Landgemeindeordnung sofort bei Eröffnung der Session verleitet hatte, da hatte man dem klugen Zentrumsführer verraten, daß man in wichtigen Fragen zweierlei Mehrheit brauche. Von einem minder klugen parlamentarischen Strategen, als es Windthorst ist, war kaum die Gutmütigkeit vorauszusetzen, daß er Steuergesetz und Landgemeindeordnung bewilligen werde, um das Volksschulgesetz gegen das Zentrum zustande kommen zu sehen.

Die Verwirrung vollzumachen, fehlte gerade noch das beschämende Sperrgelderverwendungsgesetz, das in der Geschichte preußischer Staatskunst für alle Zeiten eines der schwärzesten Blätter bilden wird. Das war gewiß nicht der alte Kurs. Es ist ein nicht geringes Verdienst der konservativen Partei, daß sie aller begründeten Verstimmung ungeachtet die Initiative ergriff, um in dieser traurigen Sache das kompromittierte Staatsansehen herauszuhauen.

Wie immer auch diese preußischen Angelegenheiten, die parlamentarisch höchst ungeschickt eingefädelt sind und den Übereifer, mit dem man ein Gegenstück zu der Bismarck-

schen „Stagnation“ schaffen wollte, grimmig bestraft haben, erledigt werden mögen: wichtiger und bedrohlicher hat sich die Frage der Erneuerung des deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrags gestaltet.

Man scheint auch aufseite der neuen Regierung anzuerkennen, daß der unter dem Fürsten Bismarck zustande gekommene Zolltarif das Mindestmaß desjenigen Schutzes darstellt, den unsere unter den ungünstigsten Verhältnissen arbeitende Landwirtschaft, sowie unsere verhältnismäßig junge Industrie gegenüber dem weit besser gestellten und kapitalreicheren Auslande bedürfen. Kein Gewerbe in Deutschland ist so hoch besteuert wie die Landwirtschaft, und in keinem Lande arbeitet die Landwirtschaft mit so hohen Löhnen und schwierigen Bodenverhältnissen wie in Deutschland. Daß unsere Industrie der bestehenden Zölle nicht entraten kann, wird ebenso wenig ernsthaft bestritten, als es Widerspruch findet, daß unser Reichshaushalt und die Staatshaushalte der großen Bundesstaaten zusammenbrechen müßten, wenn die Zolleinnahmen wesentlich zurückgingen. Es beruht wahrlich nicht auf Zufall — wie Fürst Bismarck einmal ausgeführt hat —, daß fast alle Großstaaten, namentlich solche mit weit vorgeschrittener politischer und wirtschaftlicher Entwickelung, die Deckung ihrer Staatsbedürfnisse vorzugsweise in dem Ertrag der Zölle und der indirekten Steuern suchen. Auch wagt es, von wenigen aufwiegelnden Zeitungen abgesehen, kein ernsthafter Volkswirt mehr zu behaupten, die möglicherweise infolge der Zölle eingetretene geringe Verteuerung der Lebensmittel sei

ein schlimmerer Übelstand, als die infolge Daniederliegens der heimischen Erwerbsthätigkeit vor der Zeit der Schutzzölle so bitter empfundene Arbeitslosigkeit und Konsumtionsunfähigkeit gewesen war. Da in der Sache, die wahrhaft erschöpfend während einem Jahrzehnt behandelt worden ist, ein Grund zur Änderung unserer Zollgesetze nicht gefunden wurde, man aber doch auch hier etwas Neues und natürlich Besseres machen wollte, nahm man Zuflucht zu den politischen Erwägungen und machte die Zollvereinsreminiscenzen fruchtbar, um die Idee eines Zollkartells mit dem verbündeten Österreich-Ungarn zu lancieren, — eine Idee aus grauer Bismarckscher Zeit, die aber längst von Bismarck selber unwiderleglich als nicht durchführbar nachgewiesen worden ist. Die deutschfreisinnigen Feinde aller Schutzzölle jubelten, daß auch an diesem Punkt die Bismarcksche Erbschaft abgebrochen werde. Die Sanguiniker dieser Partei gingen schon so weit, die Genossen zu mahnen, nichts Halbes anzunehmen, sondern die Aufhebung aller Zölle zu verlangen. Sie wähnten die Zeiten des Freihandels wieder gekommen.

Die deutschen Unterhändler mit Österreich waren angewiesen, gegen Ermäßigung einiger industriellen Zölle vonseiten Österreich-Ungarns die Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle durch das Deutsche Reich zuzugestehen.

Hierbei wurden auf deutscher Seite zwei große Fehler begangen· ein wirtschaftlicher, indem man glaubte, die Landwirtschaft könne eine Schädigung vertragen und sei sogar imstande, den Ausfall an Zolleinnahmen, der durch

die Ermäßigung der Getreidezölle einträte, aus ihren eigenen Mitteln zu decken, zu welchem Ende man der Zuckerrübenindustrie die bestehenden Vergünstigungen entziehen will, so daß der Rübenpreis merklich gedrückt werden würde; — sodann ein politischer, indem man für die Änderung des deutsch-österreichischen Handelsvertrags Gründe der auswärtigen Politik geltend machte.

Auch in dieser Angelegenheit wurde mit einer auffälligen, in der Sache gar nicht gebotenen Hast vorwärts getrieben. Während die österreichischen Unterhändler durch vorhergegangene eingehende Beratungen mit den verschiedenen Gruppen der Industriellen vortrefflich vorbereitet in die Verhandlungen eintraten, empfanden die deutschen Beauftragten erst in Wien das Bedürfnis über fundamentale Fragen von den heimischen Interessenten aufgeklärt zu werden.

Man hätte wahrlich denken sollen, die Sätze unseres neuen Zolltarifs, die — was die Landwirtschaft angeht — jetzt gerade sechs Jahre alt sind, könnten einem Änderungsverfahren nicht ausgesetzt sein. Der beredteste Anwalt der Herabsetzung der deutschen landwirtschaftlichen Zölle ist ein Ungar, Herr v. Matlekovics, ein vortrefflicher Statistiker, der in einem großen Werk über die deutschen und österreichischen Zolltarife auch die Frage aufwirft, ob niedrige Getreidepreise überhaupt für ein Land ein Glück seien. Diese Frage beantwortet Herr Matlekovics dahin, daß für Ungarn hohe Getreidepreise zweifellos ein Glück seien. Für uns, die wir wissen, daß auch Deutschland ein vor-

wiegend ackerbautreibendes Land ist, zwingt sich damit auf, daß die jetzigen sehr dürftigen Getreidepreise durch neue Zollmaßnahmen nicht noch mehr herabgedrückt werden dürfen.

Das ist aber die entscheidende, das ist die grundlegende Frage bei Abschluß neuer Verträge. Man darf nicht Bevollmächtigte entsenden, um Verträge vorzubereiten, wenn man nicht vorher völlig klar ist über die Zollsätze, deren man im eigenen Tarif nicht entraten kann. „Neue Handelsverträge mit Konventionaltarifen" — so schrieb Bismarck vor zwölf Jahren — „können nicht eher in amtliche Behandlung genommen werden, als bis die Frage der Revision unseres Tarifs zuhause ihre Erledigung gefunden hat." Wenn man der Meinung war, durch unsern jetzigen Tarif sei die Frage nicht richtig und nicht endgültig erledigt, so hätte man die anderweitige Regelung jedenfalls zuhause vornehmen sollen, ehe man Bevollmächtigte nach Wien sandte, die dort bei den Verhandlungen sich vorkommen mußten, als hingen sie in der Luft: sie konnten auf die Frage, ob die deutschen gesetzgebenden Faktoren voraussichtlich in die Änderung des bestehenden Tarifgesetzes willigen würden, nur antworten: „der Bundesrat vielleicht, der Reichstag schwerlich". Das Experiment, in dieser Frage zuerst die Thatsache zu schaffen und dann den Reichstag vor die Alternative zu stellen, entweder seine bis in die jüngste Zeit wiederholt bekannt gegebene schutzzöllnerische Anschauung zu opfern, oder den vereinbarten neuen Vertrag mit Österreich unter starkem Tadel der Regierungspolitik und mit den

Folgen einer Reichstagsauflösung zu verwerfen — bleibt auf alle Fälle gefährlich und kann uns in unabsehbare, innere Verwickelungen führen, wozu weitgediehene Anfänge bereits vorliegen. Haben doch die Industriellen öffentlich erklärt, sie verlangten keine Vergünstigungen auf Kosten der Landwirtschaft, sondern hielten fest am Kartell mit dieser und an der alt-bismarckschen Überzeugung, daß Schutzzölle für einzelne Industriezweige wie ein Privilegium wirken und der Befehdung vonseiten der nichtprivilegierten Erwerbszweige unterliegen, wogegen ein Zollsystem, das gleichmäßig alle Zweige der heimischen Erwerbsthätigkeit schützt, diese Gehässigkeit nicht zu tragen hat.

Ein gänzlich unglücklicher Gedanke war es nun, diese Einwendungen gegen die geplante Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle mit dem Hinweise auf die Kräftigung unseres Bündnisses mit Österreich-Ungarn niederzuschlagen, die sich durch den neuen Zollvertrag einstellen werde. In einer für alle Zeiten klassischen Weise hat Fürst Bismarck am 5. Dezember 1876 im Reichstag dargethan, daß es unmöglich und unpolitisch wäre, die Tarifpolitik in Korrelation zur auswärtigen und Bündnispolitik eines Staates zu setzen. „Wollte man — so führte er aus — das wirtschaftliche und politische Gebiet vermengen, so würde man zu Ungeheuerlichkeiten kommen. . . Die politischen Verhältnisse balancieren sich in sich, und die Bekämpfung der wirtschaftlichen kann man nur auf wirtschaftlichem Gebiet suchen.“ Die Verlautbarung, daß Deutschland bei den Verhandlungen mit Österreich wesentlich von politischen

Gesichtspunkten geleitet werde, hat unsere Unterhändler in eine noch schwächere Stellung gebracht, als sie ohnehin schon sich befanden. Die Österreicher zogen sofort die logische Folgerung und verlangten von Deutschland nicht nur die Herabsetzung der Zölle gegen Österreich-Ungarn, sondern auch die Beibehaltung der höheren Sätze gegen Rußland — eine für Deutschland wirtschaftlich ganz unannehmbare Forderung, die aber konsequent ist, wenn die Verhandlungen mit Österreich in der Hauptsache *politischen Zwecken* dienen sollen; da Österreich dann auch das *politische Interesse* hat, den Bruch Deutschlands mit Rußland irreparabel zu gestalten.

Das Schlimmste ist, daß nun das Scheitern der Verhandlungen mit Österreich, das höchst wahrscheinlich und übrigens das kleinere Übel ist, auch als ein politischer Mißerfolg gedeutet werden wird, der es doch in Wirklichkeit gar nicht sein muß.

Hier ist man, wie gezeigt, vom alten Kurs vollständig abgefallen.

VI.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit der Umkehr.

Wir haben gesehen, daß wir auf schier allen Gebieten der praktischen Politik vom früheren Kurs abgefallen sind, daß die verantwortlichen Träger der Politik das Steuer verloren haben und, ohne Herren der Richtung zu sein, vor dem Winde treiben, — bald vor dem Winde der Parteien, bald vor einem stärkeren Winde, von dem man nicht immer mit Sicherheit erkennen kann, woher er kommt und wohin er weht. Wenn noch vor einigen Wochen das Wort umgetragen wurde, unter Caprivi sei eine allgemeinere Zufriedenheit im deutschen Volke herrschend geworden als jemals unter dem Bismarckschen Regiment, so findet sich heute an diesem Worte nur das eine ehrlicherweise zu bemängeln, daß es das Gegenteil der Wahrheit ist. Befriedigung herrscht, abgesehen von einem Teil der Gefolgschaft des Herrn Windthorst, der es als Genugthuung empfindet, endlich auch einmal außer Wind zu stehen, derzeit

nirgends. Das neue Regiment hat gerade ein Jahr gebraucht, um allenthalben im Lande auf schweigsame Gesichter und geschlossene Herzen zu stoßen.

Damit ist das bedingte Urteil, welches Herr v. Caprivi bei seinem Amtsantritt selbst sprach und auf sich nahm, ein endgültiges geworden. Gegen seine Absicht ist eine neue Ära inauguriert worden, und diese Neuerung hat dahin geführt, daß der König sich von einem Geiste des Ungehorsams umschlichen wähnt und öffentlich darüber Klage führt, daß man ihm mit Zagen statt mit Begeisterung folge, seine Ziele nicht sehen wolle, während sie doch für jedermann, der ihn kenne, offen lägen.

Dieser Mißerfolg ist die notwendige Wirkung einer Regierungspolitik, die statt mit einem Programm positiven Inhalts vor die konstitutionellen Körperschaften und das Volk zu treten, mit vereinzelten, je nach den wechselnden äußeren Anlässen verschiedenen politischen Gebieten entnommenen, unverantwortlichen und unvollständigen Ankündigungen und Andeutungen sich an die undefinierte Allgemeinheit wendet und bei den einen Hoffnungen hervorruft, deren Verwirklichung die Lebensinteressen der andern gefährdet; heute Lob, morgen Tadel ausspricht, die von der Menge verallgemeinert werden, während sie nur in umgrenzter Spezifikation gelten sollten.

Für besonnene und erfahrene Leute hat jeder ernsthaft unternommene Versuch, gleichzeitig zu saugen und zu blasen, von vornherein nur ein pathologisches Interesse. Parteien, deren Grundsätze einander ausschließen, versöhnen — Per-

sonen an die bestehende Staatsordnung angliedern wollen, die sich die Untergrabung dieser Ordnung zur Lebensaufgabe gemacht haben —, der grundsätzlichen Bekämpfung des Eigentums Hoffnungen machen, ohne die Besitzenden mit Sorge zu erfüllen — Vertrauen gleichzeitig von allen Parteien heischen, von denen die eine sich ihre Befriedigung nicht denken kann ohne Vernichtung der andern: das heißt das Unmögliche versuchen und nur eins erreichen: daß die Feinde ermutigt und die Freunde verwirrt werden.

An keinen seiner großen Vorfahren erinnern die ersten Jahre der Regierung Wilhelms II. so mannigfach als an die erste Zeit der Herrschaft Friedrich Wilhelms IV. Für diejenigen unter uns, welche sich jener Tage, die wie eine herrliche Morgenröte über Europa aufgingen, noch erinnern, bedarf es keines näheren Ausführens der Parallele; — die jüngere Generation vergleiche, wie v. Sybel in seinem Buch über die Gründung des Deutschen Reiches jene Tage und den volkstümlichen jungen Herrscher schildert. Allein, so verschwenderisch Friedrich Wilhelm IV. an Geist und Gemüt ausgestattet war, so begeistert ihm nicht nur sein Volk, sondern ganz Deutschland, ja halb Europa zujubelte, und ungeachtet er unter absolutistischen Staatsformen regierte, so scheiterte gleichwohl sein Versuch, durch seine reichbegabte Persönlichkeit die natürlichen Gegensätze aufzuheben und unter dem höheren Gesichtspunkte des Dienstes für den König zu vereinigen vollständig, und endete mit einer tiefen Verstimmung zwischen Volk und Krone, obschon niemand sagen konnte, daß der König ein Unrecht

gethan oder daß das Volk es an einer Gehorsamerfüllung versehen hätte.

Diese Erinnerung hätte davon abschrecken dürfen, den Anschein aufkommen zu lassen, als sollte derselbe Versuch wieder gemacht werden, zumal heute die konstitutionellen Formen, welche die stehenden Gegensätze im politischen Leben zu einer organischen Funktionsnotwendigkeit erheben, in Preußen eingelebt sind und der König von Preußen Kaiser von Deutschland ist, dessen Bevölkerung zu einem großen Teile, namentlich in Süd- und Mitteldeutschland, in politischen Überlieferungen und Gewohnheiten groß geworden ist, die ihr jedes Verständnis für ein régime personnel benehmen.

Die größten Staatsmänner aller Zeiten haben sich oftmals genötigt gesehen, auf die Durchführung von Plänen zu verzichten, an welche sie das Beste ihres Könnens und ihres Einflusses gesetzt hatten. Wenn nicht solchen Mißerfolgen anderseitig ganz bedeutende Erfolge gegenüberstanden, war kein noch so bedeutender Staatsmann in der Lage, sich an der Macht zu behaupten. Er verschwand von seinem Platz und damit aus der öffentlichen Beobachtung und Kritik. Kritik an den Regierungsmaßnahmen zu üben ist aber das Recht wie das Bedürfnis des Volkes. Jenachdem diese Kritik in der Mehrzahl der Fälle ausläuft, wird eine Regierung oder ein Minister populär oder mißliebig. Jemehr ferner dem Volke die Verlautbarung seiner Urteile über die Regierungshandlungen verkümmert wird, um so mehr gesellt sich zu der Unzufriedenheit über

diese Handlungen selber der Verdruß über die Unmöglichkeit, der angehäuften Mißstimmung Luft zu machen. Darum ist es weder weise, noch besonders königsergeben gehandelt, wenn verantwortliche Regierungen das Staatsoberhaupt in die Lage kommen lassen, dem Beurteilungsbedürfnisse der Bevölkerung aus Anlaß der Erledigung von Regierungsakten zum Objekt zu werden, die recht eigentlich den verantwortlichen Staatsdienern zur Last liegen.

Damit sei der kritische Teil dieser Betrachtung abgeschlossen. Es erübrigt, uns die ernste Frage vorzustellen, ob etwas — und was denn — zur Herbeiführung politisch besserer Verhältnisse geschehen könne, was bei denen liegt, die einer Kritik unterworfen sind.

Wenn wir nicht sicher wären, auf diese Frage mit einem entschiedenen Ja antworten zu können, würden wir nicht geglaubt haben, mit der Veröffentlichung dieser Schrift dem Vaterlande und dem König einen Dienst zu thun.

Das Ausland ist horchend und zurückhaltend geworden, die besten Kreise im Inlande fühlen sich unsicher und beklemmt; aber zu einer ernsthaften unausgleichbaren Schädigung ist es, Gott sei Dank, noch nicht gekommen. Es ist ebenso leicht, wie es geboten ist, in die Wege wieder einzufahren, die man aus begreiflicher und selbstisch berechnender Neuerungslust aufgeben zu dürfen gemeint hat.

Wir sind weit entfernt zu meinen, man solle den Fürsten Bismarck auf seinen Platz zurückrufen. Wenn man auch in der Politik niemals Niemals sagen soll, so steht es doch, nach allem, was geschehen ist, für jeden überzeugten Mo-

narchisten außer Frage, daß ohne tiefste Schädigung des Ansehens der Monarchie die Wiedereinsetzung Bismarcks in seine früheren Ämter nur unter einigen wenigen Umständen geschehen könnte, die so trauriger Art wären, daß wir sie nicht erörtern mögen. Unter normalen Verhältnissen den Fürsten Bismarck auf den Platz zurückführen wollen, von dem er freilich besser nicht verdrängt worden wäre —, das hieße auf einen Irrtum eine Verfehlung setzen.

Was not und auch genüge thut, ist viel einfacher und ausführbarer; es ist keine augenfällige Staatsaktion, sondern die einfache praktische Einkehr bei dem Geist unserer verfassungsrechtlichen Institutionen.

In Deutschland wie in Preußen ist das politische Leben ein durch Staatsgrundgesetze geregeltes und nach den besonderen Zuständigkeiten der verschiedenen Gewalten genau umschriebenes. Jede dieser Gewalten hat mit ihren bestimmten Rechten auch Pflichten und Verantwortlichkeiten erhalten, die sie nicht auf andere, seien es über- oder seien es untergeordnete, abwälzen darf. Das gilt vom steuerfreien Ur- und Reichstagswähler bis hinauf zu den Bundesfürsten und dem Kaiser. Kein Minister darf den Anschein aufkommen lassen, als fühle er seiner konstitutionellen Verantwortlichkeit genüge gethan, wenn an die Stelle seiner eigenen pflichtmäßigen Überzeugung der entgegenstehende Entscheid der Krone tritt. Keine politische Partei darf glauben, ihr Gewissen den Wählern und dem Vaterlande gegenüber gewahrt zu haben, wenn sie die Regierung auch

unterstützt, wo sie ihr unrecht giebt, nur damit noch größerer Schade verhütet werde. Kein Wähler endlich darf einer Partei treu bleiben, die ihm und sich selber untreu geworden ist. Mit einem Worte: wir müssen jeder innerhalb der ihm zugewiesenen politischen Befugnisse furchtlos die Wahrheit und unsere Überzeugung bekennen.

Staat und Vaterland sind nicht schattenhafte Begriffe für den rechnenden Politiker, sondern Eigentümer bestimmter wertvoller Güter, die von den jeweiligen Machthabern in Verwaltung, nicht in persönliches Besitztum übernommen werden. Das steht implicite in den Verfassungen aller konstitutionellen Staaten. Wo immer einer der konstitutionellen Faktoren eines Staates durch das Überwiegen der Energie eines anderen an der Geltendmachung seiner Rechte beeinträchtigt erscheint, da wird das Vertrauen ins Staatsganze gelähmt. Eine Verdunkelung des klaren Zweckes unserer Verfassungen ist es, wenn hinter dem Thronbaldachin unverantwortliche Männer stehen, die des Königs Ratschläge beeinflussen, bevor die verantwortlichen Minister in die Lage kommen, auf ihre Bildung einzuwirken. Wo die Vermutung solcher Beratung hinter dem Baldachin eine weitverbreitete ist, da müssen ihrer Verantwortlichkeit bewußte Minister die Forderung erheben, daß jene Männer entweder unter Verantwortlichkeit vor den Thron gestellt, oder aus der Umgebung des Herrschers beseitigt werden.

Die wertvollsten Besitzstücke unserer Macht bestehen in den freudigen und den freiwilligen Diensten, welche hervorragende Männer dem Staate leisten. Es muß wahrheits-

gemäß bekannt werden, daß die Freude nachlassen will und der Freiwilligen weniger werden. Der neue Kurs hat im ersten Jahre seiner Bahn außerordentlich viel Material tot gelegt, wahre Hekatomben gefordert. Auch der bestversorgte Staat hat keinen Überfluß, und für den stattgehabten Ausfall auf den eingetretenen Ersatz hinzuweisen, ist ein magerer Trost. Wir sind nicht überzeugt, daß der Ersatz überall gleichwertig sei.

Das Wichtigste aber und das Nötigste besteht darin, daß wir alle uns stärken in der Treue gegen den König, im Gehorsam gegen die Gesetze. Dort allein ist der Hort unserer heiligsten Güter. Dem König treu und gehorsam den Gesetzen dürfen und müssen wir wahr sein in Rede und That, im Kreise der Freunde wie bei Ausübung unserer politischen Rechte. Es hat eine große Bedeutung für das Wohl von Fürsten und Völkern, daß alle Verfassungen moderner Staaten ausdrücklich den Unterthanen das Recht zuerkennen, ihre Meinung in Schrift und Rede frei zu äußern. Wer also ein reines Gewissen trägt und die Kraft in sich fühlt, der halte mit seinem Urteil nicht zurück, wie wir es an unserm Teile nicht gethan haben, so schwer auch die entgegenstehenden Bedenken wogen. Gott bewahre Kaiser und Fürsten, Volk und Vaterland vor Schmeichlern und Selbstlingen und erhalte ihnen zu allen Zeiten Männer von Wahrheitsliebe und Furchtlosigkeit, die nicht alles zu sagen brauchen, was sie denken, aber nichts sagen, wovon sie das Gegenteil glauben, die nichts sagen ohne Ehrfurcht, und nichts verbergen aus Furcht; die sich — wie nach

ernster Erforschung die Verfasser dieser Betrachtung — bei ihrem öffentlichen Auftreten allzeit das Wort gewärtig halten, das vor nahezu einem halben Jahrhundert ein viel gefeierter und noch mehr verketzerter, königsergebener Mann bei schwerer Entscheidung sich zur Richtschnur nahm: daß das Gebot, die Wahrheit in Liebe zu sagen, am schlechtesten dann erfüllt wird, wenn man der Liebe die halbe Wahrheit und der Wahrheit die halbe Liebe zum Opfer bringt.

Nachtrag und Schlußwort.

Während des Druckes dieser Betrachtungen sind einige Ereignisse eingetreten, die an sich und in ihren Seitenwirkungen die Wahrnehmung nur noch mehr bestärkt haben, daß ein Jahr genügt hat, um unserm gesamten politischen Leben ein anderes Gesicht zu geben, — und zwar ein kritisches.

Es ist jetzt auch für minder geübte Beobachter erkennbar, daß die internationalen Beziehungen schlechter geworden sind, daß die latenten Spannungen wirksam zu werden beginnen. Die russische Diplomatie thut bereits offen kund, daß sie Deutschland in einem unlöslichen Bündnis mit England vermutet, welches ihr, der Meisterin in der Kunst des Wartens, geraten erscheinen läßt, die indische Politik vor der europäischen in den Hintergrund treten zu lassen. Der Dreibund ist aus der sicheren Führung, bei der er gewesen war, diplomatisch in unerfahrene Hände gekommen und gilt trotz seines Fortbestehens nicht mehr für so stark, weil für taktisch minder gut geleitet. Die russische Diplomatie ist stetig aktiver geworden. Es ist nicht unmöglich,

daß es ihr gelungen ist, an der untern Donau sich den wichtigsten Vorposten zu sichern und so die entfestigten bulgarischen Donaustädte unmittelbar unter ihre Kanonen zu bringen. Das rumänische Königreich ist heute der Schlüssel der Türkei; die nationale Politik, welche das Königreich Ungarn im Innern mit verblendeter Brutalität verfolgt, muß Rußlands Pläne über Nacht reifen lassen. Hätte die russische Politik sich nicht in den verdienten Ruf der Untreue, wie überall so namentlich bei den Donaustaaten gebracht, so müßte die russisch-rumänische Waffengenossenschaft vom Jahre 1876—1877 auf erweiterter Grundlage und mit größeren Zielen notwendig erneuert worden sein. Daß sie es nicht sei, wird man mit einiger Sicherheit schon heute nicht mehr behaupten können. Vor fünf Jahren wäre noch ein Feldzug Rumäniens gegen Rußland, wenn auch nicht gerade volkstümlich, so doch möglich gewesen; heute ist, dank der unverdrossenen und mit großen Mitteln unternommenen Arbeit der russischen Geheimdiplomatie, ein Feldzug gegen Rußland für den König von Rumänien eine Gefahr — ganz abgesehen vom Erfolge; während der Kampf gegen Ungarn vom Enthusiasmus des ganzen Volkes getragen wäre. Der vierte Teil von Ungarn wird von Rumänen bewohnt, die infolge der wahnsinnigen Chauvinistenpolitik des Magyarentums in der staatlichen Vereinigung mit Rumänien die nationale Erlösung sehen würden. Auch die Siebenbürger Sachsen würden in religiöser und nationaler Hinsicht nur gewinnen können, wenn sie die Staatsoberhoheit zugleich mit den Rumänen wechselten. Die

staatsrechtlichen Zustände Bulgariens geben Rußland in jedem Augenblick eine diplomatische Handhabe, um die Aktion gegen die Pforte und ihren Vasallenstaat einzuleiten und zu begründen. Niemand bezweifelt, daß der Zeitpunkt, wann dies geschehen werde, sich lediglich nach den Aussichten des Gelingens bestimmt. Wenn man verschiedene Symptome aus der jüngsten Zeit, deren sprechendstes die Verleihung des Andreas-Ordens an den Präsidenten der französischen Republik ist, zusammenhält, wird man nicht überrascht werden, wenn in diesem Frühjahre der europäische Friede ernstlich gefährdet wird.

Wir sind entfernt zu glauben, Herr v. Caprivi trage an der Zuspitzung der Lage irgendeine Schuld; wir sind nur überzeugt, daß infolge des Verschwindens des Fürsten Bismarck von der politischen Bühne die Kräfte frei wurden und sich frei fühlten, welche einer solchen Gestaltung der Lage zustrebten, bei welcher Rußland endgültig auf eine Verständigung mit Deutschland verzichtete und letzterem das Bleigewicht der englischen Interessen an die Füße geschmiedet würde. Damit war für jede russische Politik die Allianz mit Frankreich als Lebensnot gewiesen und geboten.

Wie der junge Kaiser sein eigener Kanzler sein wollte, so hatte er auch als König schon früh bekundet, daß er ganz besonders sein eigener Kultusminister sei. Darum hat es nicht überrascht, daß, wie ein General den ersten Reichskanzler ersetzt hatte, ein gräflicher Garde-Kavallerie-major a. D. der Nachfolger des Herrn v. Goßler wurde.

Im Grunde war die Wahl, wenn schon einmal die Minister keine andere Aufgaben haben sollen, als die Vermittler und Vollzieher allerhöchster Befehle zu sein, eine sehr glückliche. Die üble Wirkung bestand nur in der Verstimmung der gesamten fachmännischen Beamtenwelt, die nicht erkennen will, wozu an sie so riesige Anforderungen inbezug auf Kenntnisse gestellt werden, wenn der höchste Vorgesetzte solcher gänzlich ermangeln darf. Unfreudigkeit in der Berufserfüllung ist die notwendige Folge solcher Verstimmung. Der Dienst wird dadurch nicht vervollkommnet; das allmähliche Absterben des so fördersamen Berufsstolzes vollends wird die Schattenseiten der Beamtenlaufbahn in Armee und Verwaltung immer schärfer empfindsam machen; das Überwiegen des Bewußtseins dieser Schattenseiten — Unterordnung, Gehorsamspflicht, Willensgebundenheit bei kärglicher Besoldung — muß schließlich auch äußerlich wahrnehmbare politische Wirkungen erzeugen. Dieselben werden bei den Wahlen bald genug zur Geltung kommen, da die staatserhaltenden Parteien der freudigen Unterstützung durch die Beamtenwelt ohne Einbuße zu erleiden nicht werden entraten können. Es ist eine stetig wiederkehrende Beobachtung, daß die Folge der lauen oder gar verdächtigen politischen Haltung der Beamtenwelt die geheime Überwachung, das Spitzeltum ist. Dadurch werden die guten Elemente eingeschüchtert, und die schlechten legen eine ostentative aufdringliche Wohlgesinnung an Tag, welche zur Folge hat, daß das Beamtentum als solches verächtlich wird, alles politische Ansehen verliert und in kon-

stitutionellen Staaten aus dem öffentlichen Leben verdrängt wird.

Ansätze zu der geschilderten Entwickelung liegen vor. Die zum Zwecke der Schaffung eines vermeintlich vorteilhaften Gegensatzes der neuen Herrschaft zur entlassenen verkündigte Versöhnung der politischen Parteien hat unverkennbar die Haltung der ultramontanen und deutschfreisinnigen Presse wie Parteileitung in regierungsfreundlichem Sinne beeinflußt, und verschiedenartige politische Elemente, die früher unversöhnlich waren, scheinbar gewonnen, so daß die neue Methode berechtigt schien, eine Ziffer auf die politische Gewinnstseite einzutragen. Man hat das denn auch sehr geräuschvoll gethan, dabei aber übersehen, daß auch im politischen Leben jeder Effekt eine beeinträchtigende Nebenwirkung hat. Wenn man zu einer Zeit, wo die deutschen Walzwerke nur halbe Beschäftigung haben, die Schienen für die preußischen Bahnen in England kauft, so darf man allerdings mehr oder minder verklauselter Zustimmung der Freihandelspresse gewiß sein —; man rechnet aber falsch, wenn man unterläßt, dieser Befriedigung die Mißstimmung gegenüberzustellen, die bei den deutschen Werken erzeugt worden ist und tiefer wirkt, als die leeren Komplimente einiger Preßorgane. Wenn man die Exportprämien auf Zucker beseitigen will, wird das Bravo der volkstümlichen Gegner aller „Bevorzugungen" nicht ausbleiben —; ebenso wenig aber auch das Murren der schwerbetroffenen Landwirtschaft, das weiter reicht, als jener Beifallsruf. Wenn deutschfreisinnige Parteihelden bei Berufung auf hohe Ver-

waltungsstellen mit Beschleunigung als personae gratae abgestempelt, wenn ultramontane Notorietäten bei Besetzung von Richterstellen in auffallender Weise begünstigt werden, wenn der Staat bei Begebung von kirchlichen Ämtern an Stelle seiner Befugnisse die Willfährigkeit gegen die bischöflichen Kanzleien treten läßt, dann begreift sich, warum in der radikalen und klerikalen Presse eine lakaienhafte Schmeichelei die andere ablöst —; dann versteht man aber auch, daß die erprobtesten Diener des Staates, die treuesten Stützen der Monarchie in schwerer Zeit irre werden, und daß die Begriffe von Patriotismus und Königstreue verblassen, daß Temperament und Begeisterung aus der Bethätigung der politischen Befugnisse schwinden und an ihre Stelle das persönliche Interesse tritt.

Der Mangel an der Fähigkeit, die nationalen Kräfte und Wirksamkeiten richtig einzuschätzen, ist in wahrhaft beschämender Weise an Tag getreten beim Ableben des Welfen- und Zentrumsführers Windthorst. Die Gedächtnisreden der Präsidenten der gesetzgebenden Körper im Reich und in Preußen, die Auslassungen von Zeitungen, die im allgemeinen für staats- und bundesfreundlich gelten dürfen, haben das Bewußtsein von der Würde des Deutschen Reichs und ganz besonders das preußische Staatsehrgefühl in weiten Schichten derartig abgestumpft erkennen lassen, daß mit Bestimmtheit vorausgesagt werden kann, bei dem Staate aufgenötigten neuen rein politischen Konflikten würde er über die erforderlichen aufopferungsfähigen Freiwilligen nicht

mehr rechnen können. Wenn Windthorst wie ein ums Reich und um Preußen verdienter Held begraben wird: woher soll dann künftig ein unabhängiger Mann die Motive und den Mut nehmen gegen irgendwelche Elemente anzukämpfen, die von den berufenen Hütern der nationalen Güter zu Feinden erklärt werden?! Windthorst's Standbild, in noch so idealisierter Gestaltung, gehört nicht ins Innere des Domes unserer nationalen Einheit; sein Platz kann nur an einer Außenseite dieses Domes sein, in jener eigentümlichen Art und naturalistischen Auffassung, wie man am Äußeren altgotischer Bauten gewisse Figuren zu sehen gewohnt ist.

Je mehr nun unsere Regierungspolitik Erscheinungen zeitigt, welche den nationalgesinnten Bevölkerungsschichten Schweigsamkeit und Zurückhaltung auferlegen, um so schmeichlerischer drängen sich die Leute, deren Patriotismus von gestern datiert, heute an den Thron und an die Regierung; um so dreister unternehmen sie es, die Vaterlandsliebe sturmerprobter Männer zu verdächtigen, welche die Entsagung üben, da zu schweigen, wo sie nicht zuzustimmen vermögen.

In diesem Treiben der bei allen nationalen Fragen verbündet aufgetretenen bisherigen oppositionellen Koalition liegt ebenso viel System wie Charakterlosigkeit. Das System zielt dahin, eine Scheidung der früheren Regierungsparteien von der jetzigen Regierung, vorab von der Krone, hartnäckig als vorhanden auszugeben in der Hoffnung, durch diese stets wiederholte Behauptung den König und seine Räte von den ehemaligen Freunden abzuziehen, eine Kluft

zwischen ihnen zu schaffen, die unüberbrückbar erschiene. Hätten sie es einmal so weit gebracht, dann würden sie bald genug ihr richtiges Gesicht und ihre wahren Absichten offenbaren; dem Gouvernement, das andere Freunde nicht mehr hätte, den Preis für ihr Wohlverhalten stellen; dieses Gouvernement wäre in vinculis seiner geborenen Feinde.

Dieser imminent gewordenen Gefahr kann begegnet werden, wenn alle diejenigen Kreise, gegen deren Anschauungen der Vernichtungskampf vorbereitet wird, in unverbrüchlicher Loyalität alles unterlassen und aus ihrer Bekämpfung der geschworenen Gegner fernhalten, was als ein Aufgeben der Hoffnung oder gar als ein Mangel an Ehrfurcht mißdeutet werden könnte. Dann wird ohne ihr aktives Hinzuthun bald geuug an Tag kommen, daß wir einen neuen Kurs weder brauchen noch vertragen können, und daß für den bewährten alten andere Mitarbeiter nicht bereit noch vorhanden sind, als die, welche die bisherigen Neider und Verlästerer unserer nationalen Errungenschaften jetzt mit allen Mitteln in diejenige oppositionelle Stellung drängen möchten, aus der sie selber um jeden Preis herauskommen wollen.

Dahin darf es nicht kommen und wird es nicht kommen, wenn alle Anhänger des alten Kurses wie bisher festhalten in Ehrfurcht und Treue, Aufrichtigkeit und Liebe am Kaiser und am Reich, auch wenn es zeitweilig noch so sauer fallen sollte.

Druck von G. A. Brodmann in Erfurt.

Was für einen Kurs haben wir? eine politische Zeitbetrachtung von Borussen

Gotha 1891